Nummer 276

OFF

le

odell L.

sloh/Westf.
örige.
eschäften.

Arbeit

von heute Abspan
ihm ist der Rund
eworden. Nur das
Sendung in der
sehr und genehm.
sorgfältige Pro-
strierten, kritischen

wirklich Erholung!

burger Anzeiger · Cottbuser
· Duisburger General-Anzeiger
Stadt- und Landbote Eberswalde
Zeitung · Geraer-Zeitung
rlitzer Anzeiger · Koblenzer
zeiger · Landsberger General-
General-Anzeiger Ludwigshafen
Meißener Tageblatt ·
-Anzeiger Oberhausen
· Potsdamer Tage
stocker Anzeiger · Der Gesellige
hl · Spandauer Zeitung

Allgemeiner Anzeiger

für Dorsten / Herrlichkeit Lembeck
Marl-Hüls und Bocholt

General-Anzeiger für Marl-Hüls. Amtliches Kreisblatt für den Landkreis Recklinghausen. Anzeiger für die Bürgermeisterei Gahlen. General-Anzeiger für Dorsten.

Bezugspreis: Frei Haus monatl. 2,20 Mk. Anzeigenpreis: 1 mm die 9spaltige Zeile im Ortsverkehr 10 Pfg., hiesige Familien-Anzeigen und kleine Anzeigen unter den einzelnen Rubriken 8 Pfg. Anzeigen von außerhalb des Verbreitungsgebietes und amtliche 12 Pfg., Reklamen 60 Pfg., Vereinskalender die Zeile 30 Pfg. Bei Betriebsstörung Streik Störung in der Papierzufuhr usw. hat der Bezieher keinen Anspruch auf eine Nachlieferung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Für telephonisch aufgegebene Anzeigen und Abbestellungen übernimmt der Verlag keine Verantwortung. Bei nicht pünktlicher Zahlung, zwangsweiser Beitreibung des Rechnungsbetrages und bei Konkurs kommt der Rabatt in Fortfall. — Gerichtsstand für beide Teile Oberhausen.

Hauptgeschäftsstelle: Dorsten, Markt 14, Fernspr. 39; Herwest-Dorsten, Halterner Straße 95, Fernsprecher 461; Marl, Brassertstr. 120, Fernsprecher 47; Hüls, Viktoriastr. 14; Bocholt, Osterstr. 43, Fernsprecher 3380. Hauptschriftleiter: Erwin Gehrts, Oberhausen. Verantwortlich für Politik: Curt Böhnisch, Duisburg; für Kommunalpolitik, Lokales und den übrigen Teil: Dr. Erich Kreter, Dorsten. — Druck und Verlag: Carl Lange Verlag. Verantwortlicher Geschäftsleiter: Verlagsdirektor Johann Theve, Oberhausen. Für den Anzeigenteil verantwortlich: Otto Zornow, Oberhausen. — Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Einsendungen sind an die Schriftleitung, nicht an einzelne Schriftleiter zu richten.

Nummer 277 — Donnerstag, 8. Oktober 1931 — 12. Jahrgang

Neues Brüning-Kabinett ohne parteimäßige Bindung.

Der Kanzler nach Rücktritt des alten Kabinetts mit der Neubildung beauftragt.

Berlin, 7. Okt. Nach Abschluß der Arbeiten an der neuen Notverordnung trat das Reichskabinett Mittwoch vormittag unter Vorsitz des Reichskanzlers Dr. Brüning im Zusammenhang mit der Fortsetzung der Aussprache über die Genfer Tagung in eine Erörterung der gesamtpolitischen Lage ein. Unter Berücksichtigung des inzwischen eingereichten Rücktrittsgesuches des Reichsministers des Auswärtigen Dr. Curtius beschloß das Reichskabinett auf Vorschlag des Reichskanzlers, dem Herrn Reichspräsidenten die Gesamtdemission des Reichskabinetts anzubieten.

Der Reichskanzler benutzte den Anlaß, zunächst dem Reichsminister Dr. Curtius, sodann auch seinen übrigen Ministerkollegen für die in schweren anderthalb Jahren geleistete aufopfernde Mitarbeit seinen aufrichtigen Dank auszusprechen.

Im Anschluß an die Kabinettssitzung begab sich der Reichskanzler zum Vortrag zum Reichspräsidenten, dem er die Gesamtdemission der Reichsregierung überbrachte. Der Reichspräsident nahm die Demission entgegen, beauftragte die bisherige Reichsregierung mit der einstweiligen Weiterführung der Geschäfte und erteilte gleichzeitig dem Reichskanzler Dr. Brüning den Auftrag zur Neubildung der Reichsregierung mit der Maßgabe, daß die Regierungsbildung ohne parteimäßige Bindungen erfolgen solle. Dr. Brüning hat den ihm in dieser Form erteilten Auftrag angenommen.

✦

Bei dem Auftrag an Brüning zur Bildung des neuen Kabinetts ohne parteipolitische Bindungen kommt es, wie WTB. erfährt, in erster Linie darauf an, hervorragende Männer der Wirtschaft für das Kabinett zu gewinnen, zumal dadurch auf dem Wege über die Wirtschaft auch eine Entspannung der parlamentarischen Situation herbeigeführt werden könnte. Es gilt als sicher, daß Professor Warmbold das Reichswirtschaftsministerium übernimmt. Ueber das Verkehrsministerium wird noch mit Geheimrat Schmitz verhandelt. In politischen Kreisen will man wissen, daß Dr. Wirth das Innenministerium behalte. Dieses Gerücht trifft jedoch nicht zu. Vielmehr kommt als hervorragendster Anwärter für das Reichsinnenministerium weiter Dr. Gekler in Frage. Es heißt, daß Dr. Gekler vorläufig Bedenken geäußert hat. Er dürfte aber Donnerstag in Berlin eintreffen. Schon daraus ergibt sich, daß die Verhandlungen mit ihm noch keineswegs zu Ende sind. Unter diesen Umständen ist es nur möglich, das Kabinett erst am Donnerstag zu bilden. An den maßgebenden Stellen rechnet man mit Donnerstag abend.

KPD. beantragt Aufhebung der Notverordnung.

Berlin, 7. Oktober. Die kommunistische Reichstagsfraktion hat bereits einen Antrag eingebracht:

„Der Reichstag wolle beschließen, die dritte Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen und zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen vom 6. Oktober 1931 mit sofortiger Wirkung aufzuheben."

Die Fraktion wird in der Aeltestenratssitzung am Montag verlangen, daß auch dieser Antrag mit der Beratung der Regierungserklärung im Reichstagsplenum verbunden wird.

Ferner bereitet die kommunistische Fraktion eine Reihe weiterer Anträge vor, die sich mit der Lage der Erwerbslosen, Aenderungen der Versicherungsgesetze usw. beschäftigen.

Die nationale Opposition wird voraussichtlich gleichfalls die Aufhebung der neuen Notverordnung beantragen. Sie wird jedoch, wie das Nachrichtenbüro des VDZ. hört, erst auf ihrer gemeinsamen Tagung in Bad Harzburg am Sonntag darüber Beschluß fassen.

DVP. verlangt ein anderes Kabinett.

Berlin, 7. Okt. Die Nationalliberale Korrespondenz schreibt zur politischen Lage u. a.:

Es hat nach unserem Dafürhalten keinen Zweck, mit einigen Korrekturen die Wiederherstellung des Kabinetts auf den alten Grundlagen zu versuchen. Das Kapital des Vertrauens, das sich im Lande langsam gesammelt hatte, ist rapide zerflossen und nicht wieder zu gewinnen. Wie die Dinge heute liegen, können nur noch ganze Lösungen unter entschlossener Führung zu einem guten Ziele führen.

Aus dem Gefühl der Verantwortung heraus müssen wir daher die Forderung stellen, daß eine neue Regierung, die unbelastet ist durch die letzten Vorgänge, das Schicksal des Reiches in die Hand nimmt. Nur einem solchen Kabinett, das sich frei hält von sozialistischen Einflüssen wie immer sie geartet sein mögen, das, auf verfassungsmäßigem Boden stehend, Ruhe und Ordnung sichert, den Kampf gegen Wirtschaftsnot und Arbeitslosigkeit aufnimmt, wird die Deutsche Volkspartei ihre Stütze bieten können.

Dabei muß die Partei Wert darauf legen, auch bei allen künftigen Entwicklungen ein selbständiger Faktor im politischen Leben zu sein.

Daraus ergibt sich ganz von selber die Stellung der Deutschen Volkspartei zu der bevorstehenden Tagung der sogenannten nationalen Opposition in Harzburg.

Wir sind weiter der Ueberzeugung, daß die Grundlinien der bisherigen Außenpolitik von jeder deutschen Regierung, wie sie auch zusammengesetzt sein möge, eingehalten werden müssen.

✦

Die Auslassung der „Nationalliberalen Korrespondenz" hat in politischen Kreisen erhebliches Aufsehen erregt, weil sie das Problem der parlamentarischen Aussichten eines zweiten Kabinetts Brüning scharf in den Vordergrund rückte. Das umsomehr, als es zweifelhaft erscheint, ob die anderen Gruppen der gemäßigten Rechten sich hinter das Kabinett Brüning stellen werden, wenn die Volkspartei ausfällt.

In Kreisen, die der Reichsregierung nahestehen, wird die Frage aufgeworfen, ob alle Mitglieder der Fraktion eine solche Politik billigen würden. Man hält es durchaus für möglich, daß der linke Flügel der Fraktion keineswegs 100prozentig mit ihr einverstanden ist. Auf der anderen Seite erzählt man sich aber in parlamentarischen Kreisen, daß auch prominente Mitglieder der DVP. als Gäste an der Harzburger Tagung der „Nationalen Opposition" teilnehmen werden, woraus sich Schlüsse auf eine betonte Rechts-Orientierung ziehen ließen.

Aus dieser Gegenüberstellung ergibt sich schon, daß die Situation am Mittwochabend nicht ganz klar und übersichtlich ist. Der Kanzler hat sie im Laufe des Mittwochabends mit den Regierungsmitgliedern besprochen, die auch seinem zweiten Kabinett angehören werden.

Wie die Dinge liegen, ist es im Augenblick schwer zu sagen, ob sich die parlamentarische Entwicklung schon in den nächsten Tagen übersehen lassen wird oder ob die endgültige Klärung erst während der Reichstagstagung eintreten wird. Als sicher wird angenommen, daß der Kanzler nicht die Absicht hat, sich von dem Vorstoß der DVP. aus der von ihm verfolgten Linie herausdrücken zu lassen.

Die Zusammenarbeit der nationalen Opposition.

Tagung am Sonntag in Bad Harzburg.

Bad Harzburg, 8. Okt. Am Sonntag findet in Bad Harzburg eine Tagung von Vertretern der Deutschnationalen und Nationalsozialistischen Reichs- und preußischen Landtagsfraktion statt, auf der auch der Stahlhelm hervorragend vertreten sein wird. Ferner werden diejenigen Abgeordneten der Landvolkpartei teilnehmen, die auf dem Boden der nationalen Opposition stehen. Außerdem sollen die maßgeblichen Wirtschaftsverbände stark vertreten sein.

Man erwartet Hugenberg und vielleicht Adolf Hitler, vom Stahlhelm Seldte und Düsterberg, außerdem den früheren Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht.

Die Zusammenkunft vor der Reichstagstagung soll die Einheitlichkeit des politischen Willens der nationalen Opposition betonen.

In einer Besprechung der politischen Lage im Zusammenhang mit der Umbildung des Kabinetts schreibt der „Lokalanzeiger" über die Harzburger Tagung der Rechten: Dr. Hugenberg, Hitler, Seldte, Vertreter weiterer nationaler Verbände, Graf Kalckreuth als Vertreter des Reichslandbundes, der frühere Reichsbankpräsident Dr. Schacht und eine Reihe von anderen Führern der Wirtschaft werden sprechen. Aus diesen Reden und aus den Entschließungen, die man fassen wird, wird unzweideutig hervorgehen, daß die nationale Opposition zu einer politischen Gemeinschaft geworden ist, die in unverbrüchlicher Zusammenarbeit für die Grundlagen sorgen wird, auf denen eine verantwortungsbewußte nationale Regierung gebildet werden und führen kann.

Prof. Waentig sitzt zwischen DVP. und Zentrum

Berlin, 7. Oktober. Wie das Nachrichtenbüro des VDZ. meldet, hat der aus der Sozialdemokratischen Partei und aus der sozialdemokratischen Fraktion des preußischen Landtages ausgeschiedene frühere preußische Innenminister Professor Dr. Waentig, der sein Landtagsmandat nicht niederlegte, das Landtagspräsidium ersucht, ihm einen Abgeordnetensitz zwischen dem Zentrum und der Deutschen Volkspartei anzuweisen.

Wie der „Lokalanzeiger" mitteilt, hat Dr. Waentig die Gründe für seinen Austritt in einem vom 2. Oktober datierten Schreiben an den Parteivorstand der SPD. dargelegt. In der Begründung heißt es u. a.: Er, Waentig, habe sich der Sozialdemokratie in den Tagen des Kapp-Putsches zur Verteidigung des demokratischen Staatsgedankens angeschlossen. Im laufenden Jahre aber sei die SPD., die sich in Wort und Schrift nach wie vor zu dem Gedanken der Demokratie bekenne, tatsächlich dazu übergegangen, sei es in der Form der Tolerierung von Maßnahmen der Reichsregierung, sei es in ihrer Stellung in Preußen, an dem demokratischen Regierungssystem zu rütteln. Wichtigste Grundsätze der Demokratie seien mit Hilfe von Notverordnungen, bezw. der Art ihrer Anwendung auch solchen Volksgenossen gegenüber verletzt worden, die zu verfassungsmäßigen Zwecken mit verfassungsmäßigen Mitteln von ihren verfassungsmäßigen Rechten hätten Gebrauch machen sollen. Er, Waentig, müsse es ablehnen, weiterhin die Verantwortung für die Folgen dieser widerspruchsvollen kurzsichtigen Politik mit zu übernehmen.

Stadtpfarrer Eckert Kommunist.

Mannheim, 7. Okt. Der von der SPD. ausgeschlossene religiöse Sozialist Stadtpfarrer Eckert hat am Mittwochabend im Rahmen einer kommunistischen Kundgebung seinen Uebertritt zur kommunistischen Partei vollzogen.

Dies ist der erste Fall, daß ein protestantischer Geistlicher Mitglied der kommunistischen Partei ist.

Die neue Notverordnung.

Umschuldung für Länder und Gemeinden. — Kürzung der Pensionen. — Herabsetzung der Hauszinssteuer. — Bekämpfung politischer Ausschreitungen. — Außerkraftsetzung der Grundrechte.

Berlin, 7. Okt. Die neue Notverordnung, die in großem Umfang Voraussetzung für ein Wirtschaftsprogramm ist, das in den nächsten Wochen mit maßgebenden Führern der Wirtschaft beraten werden soll, enthält in ihrem ersten Teil die Hilfsmaßnahmen, die durch die gesteigerten Lasten der Wohlfahrtsfürsorge erforderlich geworden sind.

Für den kommenden Winter werden, wie bereits bekannt geworden, den Gemeinden 230 Millionen Reichsmark zur Verfügung gestellt, von denen 150 Millionen schlüsselmäßig verteilt und 80 Millionen an besonders notleidende Gemeinden im Einzelfall gegeben werden. Bürgersteuer und Getränkesteuer sollen weiterhin erhoben werden und die auf den Wohnungsanteil entfallenden Beträge der Hauszinssteuer für den allgemeinen Finanzbedarf verwendet werden. Der Sonderbetrag von 375 Millionen Reichsmark aus dem Gesamtaufkommen der drei großen Ueberweisungssteuern soll wie bisher verteilt werden.

Bei der Arbeitslosenversicherung

werden gewisse Härten beseitigt. Lohnsenkungen der letzten Zeit z. B. werden sich nicht sofort in vollem Umfang auf die Höhe der Unterstützungen auswirken, die bis zu einem Drittel in Sachleistungen bestimmter Art gewährt werden können. Bei einem regelmäßigen Wechsel von Belegschaften kann den zeitweise aussetzenden Arbeitnehmern Arbeitslosenunterstützung gewährt werden, wenn auch nicht in voller Höhe.

Aenderungen in den Sätzen und in der Gesamtdauer der Unterstützung sind nicht vorgesehen. Für die notwendig werdenden Mehraufwendungen in der Krisenfürsorge wird die Reichsregierung Mittel bereit stellen.

Zur Umschuldung der Länder und Gemeinden

wird eine Umschuldungsstelle eingeführt, die sich aus Vertretern verschiedener Gruppen zusammensetzt und im Wege freiwilliger Vereinbarung, gegebenenfalls unter Vermittlung des Reiches, die Tilgung der Schuld entweder durch Ratenzahlungen oder durch Ausgabe von Obligationen vornimmt.

Ab 1. April 1932 werden für die nächsten vier Jahre aus dem Hauszinssteueraufkommen jährlich je 12 Prozent für Umschuldungszwecke freigestellt, die insgesamt 480 Millionen erbringen sollen.

Ferner ist die Möglichkeit gegeben, daß sich Auslandsgläubiger an dem Umschuldungsverfahren beteiligen.

Die Ausgaben der öffentlichen Hand

werden insofern eingeschränkt, als für die nächsten drei Jahre Neubauten von Verwaltungsgebäuden unterbleiben, die Pensionen beim Erreichen der Altersgrenze von 80 auf 75 Prozent herabgesetzt und ferner die Höchstpensionen und die der Doppelverdiener gekürzt werden.

Die bereits angekündigte Senkung der Hauszinssteuer beträgt 20 Prozent.

Die Notverordnung beschäftigt sich weiter eingehend mit der planmäßigen Ansiedlung arbeitsloser Landarbeiter und mit der Ansiedlung geeigneter Erwerbsloser in den Reichsgebieten größerer Städte.

Aus den Bestimmungen über die Spar- und Girokassen

ist die Umgestaltung der Sparkassen in selbständige Rechtspersönlichkeiten hervorzuheben. In Zukunft müssen mindestens 30 Prozent der Spareinlagen und 50 Prozent der sonstigen Einlagen in flüssigen Werten angelegt werden, wovon 10 Prozent als Liquiditätsreserve abzuführen sind. Die Anlage in Hypotheken wird auf 40 Prozent der Spareinlagen beschränkt, und dem einzelnen Kreditnehmer dürfen im allgemeinen Kredite nur bis zu 20 000 Mark gewährt werden. Die Bezeichnung „Sparkasse" wird geschützt.

Die Vorschriften über die Kapitalherabsetzung in erleichterter Form sollen der deutschen Privatwirtschaft die Anpassung ihres Stammkapitals und ihrer Bilanzen an die veränderte Wirtschaftslage erleichtern.

Dienstverträge mit leitenden Angestellten,

deren Jahresbezüge 15 000 Mark überscheiten, können von Arbeitgebern gekündigt werden, wenn die Vertragsdauer drei Monate überschreitet.

Ein weiterer Teil der Notverordnung befaßt sich mit der Bereitstellung von

[illegible] ft

bis zum Betrage von 30 Millionen Reichsmark, die dazu dienen sollen, den Versicherungsschutz des inländischen Warenkredites zu erhalten. Das Reich

tritt damit lediglich in den Kreis der Rückversicherer mit deren üblichen Rechten und Pflichten ein.

Darüber hinaus wird der Finanzminister ermächtigt, zur Stützung der Mansfeld A. G. bis zu 3 Millionen Reichsmark zur Verfügung zu stellen und bis zu 300 Millionen durch Kredite zu beschaffen.

Aus den neuen Bestimmungen über den

Ueberlandverkehr mit Kraftfahrzeugen

ist hervorzuheben, daß für die Beförderung von Gütern für Dritte auf Entfernungen über 50 Kilometer der staatliche Genehmigungszwang eingeführt wird mit der Maßgabe, daß kein Unternehmer die einheitlich für das ganze Reich festgesetzten Beförderungspreise unterbieten darf.

Zur Mobilisierung der Ernte

ist eine Ermächtigung vorgesehen, das Recht der indossablen Lagerscheine nach Bedarf weiter auszugestalten.

Ferner bestimmt die Notverordnung, daß alle Wirtschaftsbetriebe der öffentlichen Hand, soweit es sich nicht um Aktiengesellschaften handelt, einer regelmäßigen Prüfung durch sachverständige Bilanzprüfer unterzogen werden.

Auf dem Gebiete der Rechtspflege

sind eine Reihe Vereinfachungs- und Ersparnismaßnahmen getroffen, so die Erhöhung der amtsgerichtlichen Zuständigkeitsgrenze bei bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten, ferner die Verhinderung einer sachlich nicht gerechtfertigten Inanspruchnahme des Armenrechtes. Die Reichsregierung wird ermächtigt,

Sondergerichte

zur Aburteilung von Terrorakten und schweren Steuerhinterziehungen einzurichten, und zwar im Benehmen mit den Landesregierungen.

Zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen sieht die Notverordnung eine Reihe scharfer Bestimmungen vor, die sich insbesondere gegen die politische Propaganda mit illegalen Schriften hochverräterischen oder zersetzenden Inhalts richten. Der Polizei wird ferner die Möglichkeit gegeben, Sammelstätten staatsfeindlicher Betätigung, z. B. Heime und Verkehrslokale radikaler Verbände erforderlichenfalls zu schließen.

So verschieden der Inhalt der neuen Notverordnung ist, so einheitlich, heißt es am Schlusse, sei ihre Aufgabe:

Der Regierung und der Bevölkerung die Einstellung und Umstellung auf die harten Notwendigkeiten der gesamten Lage zu ermöglichen. Entscheidende Schritte in dieser Richtung werden baldigst zu tun sein. Es muß gelingen, das gesamte Preisniveau rasch auf

die verringerte Kaufkraft der Abnehmer einzustellen,

die Produktionskosten ausreichend herabzusetzen und zu dem natürlichen Verhältnis der Preise der einzelnen Warengruppen zurückzukehren, das sich aus den volkswirtschaftlichen Zusammenhängen und aus dem Gebrauchswert der Waren in großem Rahmen des gesamten Wirtschaftsverkehrs ergibt. Auch im Außenhandel und in der Devisenwirtschaft muß der außerordentlichen Lage Rechnung getragen und die Maßnahmen des Layton-berichtes befolgt werden, der vor vermeidbaren Einfuhren warnt.

Die politischen Bestimmungen der Notverordnung.

Ueber die politischen Bestimmungen der neuen Notverordnung sprach Mittwoch abend Ministerialdirigent Dr. Häntzschel im Rundfunk. Er führte u. a. aus: Die dritte Notverordnung zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen ist zugleich die dritte Notverordnung zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen.

Bei Zersetzungsschriften,

die anonym oder ohne Ursprungsangaben erscheinen, wird in Zukunft auch der Versuch, an deren Verbreitung mitzuwirken, mit Gefängnis bis zu einem Jahre und im Rückfall nicht unter drei Monaten bis zu fünf Jahren Gefängnis bestraft. Verleger, Drucker, Setzer und Verbreiter derartiger illegaler Schriften müssen sich diese sorgfältig darauf ansehen, ob sie auch das richtige Impressum tragen; denn auch fahrlässige Unkenntnis ist strafbar. Jeder, der von dem Vorhandensein solcher Schriften Kenntnis bekommt, ist verpflichtet, der Polizei Anzeige zu erstatten bzw. solche Zersetzungsschriften abzuliefern.

Die Unterlassung wird mit Gefängnis bis zu einem Jahre bedroht. Daß Zeitungsverbote dadurch unwirksam gemacht würden, daß den Abonnenten eine der gleichen Richtung angehörende andere Zeitung als Ersatz zugestellt würde, wird in Zukunft nicht mehr möglich sein. Es werden selbst auch alle Ersatzblätter, die unter Duldung der Verleger den Beziehern einer verbotenen Druckschrift zugehen, verboten.

Die zahlreichen Ueberfälle auf politisch Andersdenkende

wurden dadurch besonders begünstigt, daß radikale Parteiorganisationen ihre Anhänger teils in bestimmten Lokalen zu bestimmten Zeiten versammelten, teils sogar in kasernenmäßig hergerichteten Räumen als geschlossene Trupps unterbrachten. Solche Stätten und Stützpunkte für Gewalttätigkeiten gegen Andersdenkende können polizeilich geschlossen werden, wenn dies für die Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung geboten erscheint. Die Notwendigkeit der Schließung ist sowohl für Wohnräume wie für Gaststätten gegeben, in letzterem Falle bis zu einer Dauer von drei Monaten. Gastwirte können für unzuverlässig im Sinne des Schankstättengesetzes erklärt werden, so daß sie keine Konzession mehr erhalten. In Besitz von Waffen betroffene und bis zur Aburteilung wieder entlassene Personen begingen häufig in der Zwischenzeit neue Gewalttaten. In Zukunft können sie bis zur Hauptverhandlung in polizeilichem Gewahrsam genommen werden.

Die Strafen für Hochverratsdelikte

werden verschärft, auch solche für literarischen Hochverrat. Für diesen war bisher nur Festungshaft vorgesehen, sofern nicht ehrlose Gesinnung vorlag. In Zukunft kann auch für literarischen Hochverrat auf Gefängnis erkannt werden.

Auch das Gebiet des Films wird in die Neuregelung einbezogen.

Bisher mußte ein Verbot sich stützen auf eine Gefährdung der Sicherheit und Ordnung oder der Beziehungen zu auswärtigen Staaten. Jetzt können auch solche Filme verboten werden, die ihrer Gesamttendenz nach und unter den gegebenen Umständen und Verhältnissen geeignet sind, einen gewaltsamen Umsturz vorzubereiten. In engem Zusammenhang damit steht die Ermächtigung des Reichsinnenministeriums, ein Widerrufsverfahren zu beantragen. Während der Dauer dieses Verfahrens kann die Vorführung des betr. Films für das gesamte Reichsgebiet untersagt werden.

Weiter gibt die neue Notverordnung der Reichsregierung die Möglichkeit zur Einrichtung von Sondergerichten um besonders staatsgefährliche Delikte, wie Terrorakte, Steuerdefraudation, Wirtschaftsverbrechen, z. B. Bilanzverschleierung, zur Aburteilung zu bringen. Ob und in welchem Umfange davon Gebrauch gemacht werden wird, wird von der weiteren politischen und wirtschaftlichen Entwicklung abhängen.

Endlich sollen die in der Verfassung festgelegten

Grundrechte außer Kraft

gesetzt werden; diese Bestimmung gilt aber nur für die in der Notverordnung zugelassenen Maßnahmen und soll sicherstellen, daß bei ihrer Durchführung in die Grundrechte nicht weiter eingegriffen wird, als es im Einzelfalle unbedingt notwendig ist.

✣

Die in Artikel 48 Abs. 2 genannten Artikel der Reichsverfassung, die die Grundrechte betreffen, sind folgende Artikel: Artikel 114: Unverletzlichkeit der Freiheit der Person; Artikel 115: Unverletzlichkeit der Wohnung; Artikel 117: Unverletzlichkeit des Briefgeheimnisses; Artikel 118: Das Recht der freien Meinungsäußerung durch Wort, Schrift, Druck oder Bild; Artikel 123: Das Recht der Versammlung ohne Anmeldung und besondere Erlaubnis; Artikel 124: Bildung von Vereinen oder Gesellschaften; Artikel 153: Gewährleistung des Eigentums durch die Verfassung.

✣

Ergänzend wird mitgeteilt:

Die Vorschrift der neuen Notverordnung, die sich auf die Außerkraftsetzung der Grundrechte bezieht, ist dahin ausgelegt worden, als wenn nun sämtliche, im Artikel 48 genannten Grundrechte allgemein und mit Wirkung für sämtliche Amtshandlungen der Behörden außer Kraft gesetzt wären. Davon kann, wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, keine Rede sein. Die Vorschrift enthält sachlich nichts neues. Sie findet sich im gleichen Wortlaut bereits in der Notverordnung vom 28. März d. J. Auch die neue Notverordnung hat sich lediglich darauf beschränkt, die Grundrechte in dem Umfang außer Kraft zu setzen, wie es zur Durchführung der in der Notverordnung selbst zugelassenen Maßnahmen notwendig ist.

Die Außerkraftsetzung gilt also nur für Amtshandlungen der in der Notverordnung selbst bezeichneten Art und nur für die Behörden, die mit ihrer Durchführung betraut sind. Praktisch handelt es sich lediglich um die Befugnis, Personen, die bei Waffenvergehen auf frischer Tat ertappt sind, bis zu ihrer Aburteilung die persönliche Freiheit zu entziehen und um das Recht, in die Unverletzlichkeit der Wohnungen einzugreifen, deren Wohnräume zu Sammelpunkten staatsgefährlicher Betätigungen gemacht worden sind.

Eine weitergehende allgemeine Vollmacht, sich über die Grundrechte der Staatsbürger hinwegzusetzen, ist durch die Notverordnung nicht geschaffen worden.

Die Parteipresse zur Lage.

Berlin, 7. Okt. Die Berliner Abendblätter, die alle in großer Aufmachung und ausführlich, sowohl über die neue Notverordnung als auch über die Regierungsbildung berichten, nehmen zum größten Teil in eingehenden Kommentaren zu beiden Ereignissen Stellung.

Der „Abend" nennt das „Doppelereignis" ein „Kuriosum des Verfassungslebens". Eine Regierung erlasse auf Grund des Artikels 48 eine Notverordnung — und trete an demselben Tage zurück! Noch klarer als bisher stelle sich heraus, daß unter den gegebenen Verhältnissen die ganze Macht der Entscheidung beim Reichspräsidenten sei. Das zweite Kabinett Brünings werde nur noch als Uebergang zu einem ausgesprochenen Rechtskabinett betrachtet.

Das „Berliner Tageblatt" nennt die Kabinettsumbildung eine neue schwere Prüfung, die dem Lande auferlegt werde. Nur wenn Brüning schnell handelt und wenn er sich in seinem bisherigen Kurse durch die neuen Kräfte, die er in sein Kabinett aufnehme, nicht irre machen lasse, könne eine Reihe schwerer Erschütterungen, deren Ausgang niemand kenne, verhüten.

Die „DAZ" ist der Ansicht, daß die Verordnung die wesentlichen Dinge, auf die es in den nächsten Wochen ankomme, nicht enthalte. Von diesen wesentlichen Dingen aber werde es abhängen, ob die öffentlichen Haushalte in Ordnung gebracht werden können.

Der „Lokalanzeiger" schreibt, man könnte zur Not verstehen, wenn eine Reichsregierung nach der Verkündung einer solchen Notverordnung, angesichts solcher Entwickelung der Reichsfinanzen zurückträte, um anderen Männern Platz zu machen. Gesundem Sinn völlig unverständlich aber ist, daß die Reichsregierung und der verantwortliche Reichskanzler formell ihre Demission geben, um alsbald ein neues Kabinett aufzuziehen, das genau den gleichen Kurs weitersteuern soll, aber keine formelle Verantwortung für die zurückliegenden anderthalb Jahre Regierungstaten trägt.

Die „Vossische Zeitung" unterstreicht, daß die Außenpolitik in den Händen eines Mannes bleibe, der trotz allem den Weg nach Paris gefunden habe.

Die „Deutsche Zeitung" spricht von einer „Notverordnung" ohne Legitimation. Von irgend einem Plan, der nun endlich einen organischen Aufbau unserer zerrütteten Wirtschaft in Angriff nehmen sollte, sei nichts zu hören. Die derzeitige Regierung werde nicht verlangen dürfen, daß das Volk seine nachgerade bis zur äußersten Grenze angespannte Opferwilligkeit noch weiter beanspruchen lasse, ohne daß ihm endlich gangbare Wege gezeigt werden, die ins Freie führten.

Hoovers Aktionsprogramm.

Ankurbelung der amerikanischen Wirtschaft durch Lösung der eingefrorenen Kredite. — Europa-Hilfe erst nach Rücksprache mit Laval und den anderen Regierungen.

Washington, 7. Okt. Die während der Konferenz im Weißen Hause am Dienstag von Präsident Hoover abgegebene Erklärung besagt u. a.:

Die lange Dauer der Depression, die auf die Ereignisse in Europa zurückzuführen ist, und die Waren- wie Wertpapierpreise in Mitleidenschaft zieht, hat mannigfach in den Vereinigten Staaten Befürchtungen hervorgerufen, die angesichts der tausendfältigen Hilfsquellen unseres Landes gänzlich ungerechtfertigt sind.

Um der gänzlich anormalen Lage zu begegnen und das Vertrauen möglichst bald wieder herzustellen, ist ein einheitliches Vorgehen unserer Bankiers und eine kooperative Aktion der Regierung ein wesentliches Erfordernis.

Hoover schlägt dann ein Aktionsprogramm vor.

Er ersucht zunächst die Bankiers der Vereinigten Staaten, einen Fonds von mindestens 500 Millionen Dollar zu gründen. Der Zweck dieser Institution soll sein, Bankakzepte zu diskontieren, die jetzt zum Diskont bei den Bundesreservebanken für nicht geeignet gehalten werden.

Hoover erklärt weiter: Ich bin von den führenden Bankiers von Neuyork darüber verständigt worden, daß sie auf mein Verlangen die Führung einer solchen Organisation übernehmen würden. Die Neuyork City Clearing House Association hat einstimmig beschlossen, 50 Millionen Dollar beizusteuern. Auch von anderen großen Zentren habe ich Zusicherungen erhalten. Ich habe die Gouverneure der Bundesreservebanken aufgefordert, die Mitwirkung der Bankiers in ihren Bezirken zu erwirken. Ich werde dem Kongreß vorschlagen, daß die Bestimmungen der Bundesreserveakte erweitert werden, damit den Aktiven der Banken eine größere Liquidität gegeben wird.

Ferner will ich, wenn nötig, die Bildung einer Finanzgesellschaft zur Stützung des Kredits empfehlen, die in ihrem Charakter und Zweck der Kriegsfinanzgesellschaft ähneln soll.

Die Vorschläge, deren Durchführung Gesetze notwendig macht, habe ich den Mitgliedern des Kongresses vorgelegt und diese billigen sie im Prinzip.

Ich werde mit Laval bei seinem Besuche die Frage weiterer Arrangements, wie sie in der Zeit der Depression in Bezug auf die internationalen Regierungsschulden notwendig werden, besprechen.

Die Politik der amerikanischen Regierung in dieser Frage ist von mir in einer Erklärung am 20. Juni bekannt gegeben worden, in der der amerikanische Vorschlag für ein einjähriges Moratorium mitgeteilt wurde.

In dieser Hinsicht wird unsere Aufgabe in einer solchen Anpassung bestehen, die in der Zeit der Depression gleichzeitig uns selbst und der Welt Hilfe gewährt. Dies ist zunächst ein Gegenstand von Verhandlungen mit ausländischen Regierungen und hat daher in der Abendkonferenz nicht zur Beschlußfassung gestanden.

Die Zeiten rufen nach Einheit der Aktion seitens unseres Volkes. Wir stehen großen Schwierigkeiten gegenüber, die wir selbst nicht veranlaßt haben. Das amerikanische Volk kann durch sein Beispiel Hoffnung und Vertrauen dem eigenen Lande und der übrigen Welt geben.

Das Ende der Pleite-Epidemie in USA.?

Washington, 7. Okt. Hoovers innerer Hilfsplan findet, so weit man bisher übersehen kann, die ungeteilte Zustimmung der amerikanischen Wirtschaftskreise. Insbesondere verspricht man sich von der Schaffung des gigantischen 500 Millionen-Dollarkreditpools ein rasches Ende der Pleitenepidemie, eine sprunghafte Erholung der Anleihen, Aktien und Warenpreise, sowie auch eine Gesundung des notleidenden Grundstücksmarkts. Allerdings wird der rosige Optimismus in Bankkreisen etwas durch die Sorge um die ernste Lage in Europa gedämpft. Man hatte vielfach erwartet, daß Hoover dem Drängen der Hochfinanz folgen und eine zweite befreiende Initiative in der Schuldenfrage ergreifen werde. Diese Hoffnung hat enttäuscht, doch tröstet man sich damit, daß der ganze Fragenkomplex mit Laval erörtert werden wird. Einige Bankleute glauben Grund zur Annahme zu haben, daß die bisherigen Vorbesprechungen über eine Ausdehnung des Moratoriums ein zufriedenstellendes Ergebnis voraussehen lassen.

✣

Die Liquidationskasse hat beschlossen, sich mit einem Betrag von 150 Millionen Dollar an der vom Präsidenten Hoover angeregten 500 Millionen-Aktion zur Flüssigmachung der eingefrorenen Kredite zu beteiligen. Die in Atlantic City tagende amerikanische Bankenvereinigung hat von der neuen Hoover-Aktion zustimmend Kenntnis genommen.

Ersparnisse der Hooveraktion aufgezehrt

durch starken Verlust an Steuer-Eingängen.

Berlin, 7. Okt. Von maßgebender Seite wird darauf hingewiesen, daß die jetzt veröffentlichte Notverordnung zum wesentlichen Teil aus der Lage unserer Finanzen verstanden werden muß. Das Bild der Reichsfinanzen, das sich nach den Julireignissen vorübergehend gebessert hatte, hat im September eine starke Verschlechterung erfahren.

Die Ersparnisse aus der Hooveraktion, die sich theoretisch auf etwa 1200 Millionen beziffern, betragen praktisch nur etwa 700 Millionen, weil ja ein erheblicher Teil auf die Reichsbahnregelung entfällt. Dem steht, wie das Septemberergebnis beweist, ein so starker Verlust an Steuereingängen gegenüber, daß der größte Teil der Hooverersparnis dadurch ausgeglichen wird.

Immer mehr zeigt sich, daß die Steuern des Reiches weniger beständig sind als die der Länder. Dazu kommt, daß das Zollaufkommen noch labilen Charakter hat.

Eine weitere Schwierigkeit für die Reichsfinanzen ergibt sich daraus, daß im Etat die Veräußerung von 150 Millionen Reichsbahnvorzugsaktien vorgesehen, und daß ihre Verwertung im Augenblick ganz unmöglich ist, weil einfach niemand das Geld zu solchen Transaktionen hat. Daraus ergibt sich also zunächst ein Defizit von 150 Millionen.

An verantwortlicher Stelle glaubt man aber, daß es gelingen wird, über diese Schwierigkeiten hinwegzukommen, obgleich auch die Schuldentilgung Anforderungen an die Reichsfinanzen stellt. Von den im Etat vorgesehenen 420 Millionen sind bereits 300 Millionen getilgt worden.

Im übrigen werden die Reichsfinanzen vor allen Dingen durch zwei wesentliche Momente beeinflußt, das ist einmal die notwendige Hilfe für die Gemeinden, zum anderen die große Zunahme der Arbeitslosen, die im Laufe des Winters bis auf 6,5 Millionen ansteigen dürfte.

Das Wahlmanifest des britischen Kabinetts.

London, 7. Okt. Das Wahlmanifest der nationalen Regierung, das vom Premierminister unterzeichnet ist, wurde heute abend veröffentlicht. Es trägt die Ueberschrift: „Ein Aufruf an die Nation" und besagt u. a.:

Die gegenwärtige nationale Regierung stellte das Borgen ein, stellte Sparmaßnahmen auf und balancierte das Budget. Die Weltlage und ihre finanzielle Schwäche machten es jedoch der Regierung unmöglich, ihr unmittelbares Ziel zu erreichen. Der Sterling wich vom Goldstandard ab. Das Land muß nun durch eine Periode der Erholung und Neuordnung gehen, in der Fragen von großer Wichtigkeit sowohl national als auch international gelöst werden müssen, um die Stabilität zu sichern und eine Wiederholung der Schwierigkeiten zu vermeiden. Eine Währungspolitik, die den Sterling in seinem Vertrauen und Ansehen wiederherstellt, internationale Uebereinkommen, die einige der folgenreichsten Ursachen des wirtschaftlichen Unheils, an dem die Welt so schwer leidet, entfernen, wie Kriegsschulden und Reparationen, Pläne, um jede abträgliche Handelsbilanz in eine günstige zu verwandeln, werden ohne Aufschub in die Wege geleitet werden müssen.

Im Mittelpunkt dieser Aufgaben steht die Frage der Arbeitslosigkeit. Die Regierung wird eine große Reihe von Problemen anfassen müssen und ihre diesbezüglichen Entscheidungen im Vertrauen auf die nationale Unterstützung treffen. Da bei den wechselnden Verhältnissen von heute es unmöglich ist, vorauszusagen, was geschehen wird, kann niemand im einzelnen ein Programm aufstellen, auf das bestimmte Versprechungen gegeben werden können. Die Regierung muß frei sein, jeden Vorschlag, der helfen kann, zu erwägen. Es muß klargemacht werden, daß wohl alles getan wird, um einer Notlage zu begegnen, daß das Budget nicht in ein Defizit abgleiten darf.

Die Möglichkeit der Entwicklung im Innern und im Weltreich müssen in allen Gesichtspunkten untersucht werden. Solange die gegenwärtigen Bedingungen bestehen, können diese Dinge nicht durch politische Parteien getan werden, die im Parteikampf auf der öffentlichen Plattform oder im Parlament stehen. Aber dies darf keinen Verlust der politischen Eigenart bedeuten; denn die unmittelbare Aufgabe ist nur zeitweiser Natur, und sobald sie beendet ist, wird die normale politische Aktivität wieder folgen. Es bedeutet jedoch eine bereitwillige Zusammenarbeit aller politischen Parteien, die durch ihr Zusammenwirken gemeinsam die Verantwortung für Erörterungen, Prüfungen und Handlungen tragen.

Das Manifest verweist weiter auf die Notwendigkeit der nationalen Einheit, die jetzt ebenso wesentlich sei wie im August. Das Parlament müsse mit frischem Leben erfüllt werden. Daher seien neue Wahlen unvermeidlich, und es sei notwendig, durch sie der ganzen Welt die Entschlossenheit des britischen Volkes vor Augen zu führen, in Zeiten nationaler Schwierigkeiten zusammenzuhalten und jede Maßnahme zu unterstützen, die erforderlich ist, um das Land und seinen Kredit unangreifbar zu machen. Dies sei die Grundlage der Sicherheit des englischen Volkes.

Das Manifest schließt: Im August haben wir durch die sofortige Unterordnung der Parteipolitik unter die nationalen Interessen die Bewunderung der Welt gewonnen. Laßt uns nun beweisen, daß wir entschlossen sind, die Sache zu Ende zu führen, bis wir unser Land aus diesen bewölkten Tagen in klarere und ruhigere Zeiten geführt haben.

✣

Das Unterhaus wurde durch eine Proklamation des Königs aufgelöst.

Meldungen von überall.

Raubüberfall auf einen Zug.

Ratibor, 8. Okt. Am Mittwoch wurde auf den fahrplanmäßig um 21 Uhr in Ratibor eintreffenden Personenzug auf der Strecke zwischen Groß-Peterwitz und Woinowitz bei dem Dorf Jannowitz ein raffiniert ausgeführter Raubüberfall verübt, wobei den Tätern etwa 700 Mark in die Hände fielen. Im letzten Wagen hatten mehrere junge Burschen eine Schlägerei inszeniert, in deren Verlauf sie die Notbremse zogen und den Zug so zum Halten brachten. Während die Beamten des Zuges, unter ihnen auch der Beamte des Packwagens, den Streit zu schlichten versuchten, drangen zwei oder drei junge Burschen in den Packwagen ein und erbrachen den Tresor, aus dem sie dann das Geld entwendeten.

Bankschließungen.

Frankfurt a. M., 7. Okt. Infolge der besonders seit Wiederingangsetzung des normalen Zahlungsverkehrs erfolgten andauernden Abhebungen von Spareinlagen durch die Kundschaft sieht sich, wie die „Frankfurter Zeitung" meldet, die Bornheimer Bank e. G. m. b. H. in Frankfurt a. M. gezwungen, mit dem Mittwoch ihre Schalter zu schließen. Bei einer Bilanzsumme des Instituts von rund 800 000 Mark sind seit Mitte des Jahres etwa 200 000 Mark an Rückzahlungen erfolgt. Bemühungen, weitere flüssige Mittel zur Aufrechterhaltung des Betriebes zu erhalten, sind erfolglos geblieben.

Braunschweig, 7. Okt. Das Bankhaus M. Gutkind u. Co. hat Mittwoch seine Schalter geschlossen. Man beabsichtigt eine ruhige Liquidation durchzuführen, die es ermöglicht, die Verluste der Gläubiger einzuschränken.

Der rätselhafte Goldschatz.

Paris, 7. Okt. Am Montag ging durch die ausländische Presse die Meldung, daß an der französisch-belgischen Grenze in einem unterirdischen Gewölbe ein Goldschatz aufgefunden worden sei, dessen Wert auf 100 Millionen Mk. geschätzt wurde. Wie hierzu der Bürgermeister des Orts Hertain (in der Nähe dieses Ortes soll der Schatz gefunden worden sein) mitteilt, sei bisher ein Goldschatz dieser Art weder entdeckt noch ausgegraben worden. Lediglich habe ein Wünschelrutengänger von dem Vorhandensein von Goldmassen in der Erde berichtet und er habe ihm die Erlaubnis gegeben, mit den Nachgrabungen zu beginnen. Wie hierzu weiter aus Lille berichtet wird, liegt das fragliche Gewölbe, das den Goldschatz enthalten soll, auf französischem Gelände zwischen Hertain und Bisieux. Wie man annimmt dürfte der Schatz in 12 Meter Tiefe unter der Erde liegen. Seit Sonntag wurden die Ausgrabungsarbeiten begonnen und im Laufe des Montags wurden bereits einige Goldstücke gefunden.

Katapultflugzeug der „Bremen" endgültig verloren.

Neuyork, 7. Okt. Das seit Dienstag vermißte Schleuderflugzeug der „Bremen", die „Neuyork", ist am Mittwoch von einem kanadischen Flieger an der Küste nahe Cobequid (Neuschottland) im Wasser liegend gesichtet worden. Er hat außerdem die Leiche eines der beiden Flieger und einen Postbeutel im Wasser treibend beobachtet.

Kleine Chronik

Am Dienstag wurden von der thüringischen Polizeidirektion Gotha in Bad Salzungen bei etwa 40 Personen Haussuchungen vorgenommen. Es wurden größere Mengen verbotener kommunistischer Schriften beschlagnahmt. Drei Funktionäre der Kommunistischen Partei wurden wegen dringenden Verdachtes des Hochverrates festgenommen

✣

Ein unbekannter Täter legte Mittwoch in Berlin (Frankfurter Allee) einen Sprengkörper auf die Straßenbahnschienen. Bald danach passierte ein Straßenbahnwagen die Stelle, wobei der Sprengkörper explodierte. Dabei wurde ein 10jähriges Mädchen schwer und eine ältere Frau leicht verletzt.

✣

Auf dem Gutshof Kachanietz bei Cosel (Oberschlesien) fand man die Familie eines Dampfpflugführers bewußtlos in den Betten auf. Ausströmendes Kohlenoxydgas hatte bereits drei Kinder getötet, während die Eltern mit schweren Vergiftungserscheinungen ins Krankenhaus eingeliefert wurden.

✣

Auf der Straße Brünn-Olmütz (Tschechoslowakei) stieß ein mit 50 Personen besetzter Autobus mit einem Lastauto zusammen. Unter den Trümmern wurden ein Toter und 20 Verletzte geborgen, darunter acht mit schweren Verwundungen.

✣

In Manchester (England) kam es am Mittwoch zu heftigen Zusammenstößen zwischen der Polizei und Arbeitslosen, die einen Demonstrationszug zu bilden versuchten. Eine Reihe von Personen wurde durch Schläge mit dem Gummiknüppel verletzt. Die Polizei nahm mehrere Verhaftungen vor.

✣

Der Langstreckenflieger Kingsford Smith ist Mittwoch in London eingetroffen und hat damit seinen Flug Australien—London beendet, ohne indessen einen Rekord aufgestellt zu haben.

Das Sparprogramm des Landeshauptmanns.

Abgleitende Steuereingänge zwingen zu schärfsten Haushalts-Einschränkungen.

Düsseldorf

In seiner Sitzung am Mittwoch billigte der Provinzialausschuß in Anbetracht der fortgesetzt abnehmenden Steuereingänge die umfangreichen Sparvorschläge des Landeshauptmanns. Dadurch finden Abstriche beim ordentlichen Haushaltsplan in Höhe von nahezu 9 Mill. Mark statt. Der außerordentliche Haushaltsplan bleibt vorerst überhaupt fast unausgeführt, da er im Anleihewege seine Deckung finden sollte, und bei der heutigen Geldlage die Aufnahme einer Anleihe nicht möglich ist.

Auf dem Gebiete des Straßenbaues

können neben der Vollendung schon in ihrer Bauausführung weit fortgeschrittener Bauten bei der Finanzlage nur noch die Arbeiten durchgeführt werden, welche zur Erhaltung der Substanz bezw. des polizeimäßigen Zustandes und damit zur Vermeidung von Haftpflichtansprüchen dringend notwendig sind. Es sollen hierdurch 4,6 Mill. Mark gegenüber dem ordentlichen Haushaltsplan eingespart werden. Die im außerordentlichen Haushaltsplan vorgesehenen Beträge für Straßenbauten in Höhe von 5,5 Mill. Mark müssen sämtlich zurückgestellt werden; dahin gehört 1 Mill. Mark zur Förderung des Baues zwischengemeindlicher Straßen und Verkehrsanlagen im Bezirk des Ruhrsiedlungsverbandes, rund 900 000 Mark für größere Bauausführungen an Provinzialstraßen (Umgehungsstraßen in Unkel, Vallendar und Oberwinter). Der Finanzierungsplan für die Moselbrücke bei Koblenz sieht die Zahlung der ersten Rate des Provinzialzuschusses von 950 000 Mark erst für Herbst 1932 vor. Der Betrag wird also vorläufig auch eingespart.

Beim Hochbau

müssen Bauarbeiten in den Anstalten, welche nicht zur Erhaltung der Bausubstanz dringend notwendig sind, bis auf weiteres unterbleiben. Dadurch werden im ordentlichen und außerordentlichen Haushalt zusammen 1 800 000 Mark eingespart.

Alle Provinzialunterstützungen auf den Gebieten Landeskultur und Hochwasserschutz kommen in Wegfall.

Die Ausgaben für Kulturzwecke, zur Förderung von Landwirtschaft und Gewerbe werden auf das Allernotwendigste beschränkt.

Auch auf dem Gebiete der Volksfürsorge

waren erhebliche Einsparungen, vor allem bezüglich der freiwilligen Aufgaben des Provinzialverbandes unvermeidbar. Die Einsparung macht dabei möglichst Halt vor Ausgabepositionen, deren Streichung nicht nur für die Gegenwart, sondern für die Zukunft der Bevölkerung verhängnisvoll werden kann. Es wurden aus diesem Grunde beispielsweise nicht gekürzt die Mittel für Maßnahmen zur Betreuung erwerbsloser Jugendlicher, zur Durchführung der Kinderspeisung und zur allgemeinen Fürsorge für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene.

Ein Bild von den dauernd abgleitenden Steuereingängen gibt auch der dem Provinzialausschuß gleichzeitig vorgelegte Rechnungsabschluß für 1930, der mit einem Fehlbetrage von 2,1 Mill. Mark abschließt, trotzdem es durch Sparmaßnahmen gelungen war, auch schon für 1930 die Ausgabenseite des Provinzialetats wesentlich zu senken.

Am 13. Oktober

Schlichtungs-Verhandlungen in der Metallindustrie.

Dortmund

In dem Arbeitszeitstreit zwischen dem Arbeitgeberverband der Metallindustrie der Nordwestlichen Gruppe und dem Deutschen Metallarbeiterverband Essen finden Schlichtungsverhandlungen unter dem Vorsitz des Schlichters für Westfalen am 13. Oktober in Essen statt.

Ein Oberbürgermeister stand Schlange,

um persönlich den Beschwerden der Unterstützungsempfänger über rigorose Beamte nachzugehen.

Köln

Vielbesprochen wird das Vorgehen eines rheinischen Oberbürgermeisters, der den Klagen der Wohlfahrtsempfänger nachging und sich persönlich davon überzeugen wollte, ob die städtischen Beamten wirklich so rigoros wie es geschildert wurde, sich den Wohlfahrtsempfängern gegenüber zeigten. Der Oberbürgermeister erschien in einem Anzuge, den er seit Jahren nicht mehr benutzt, unter den Schlangen bildenden Leuten und hatte hierbei Gelegenheit, den allseitig vorgebrachten Klagen zu lauschen. Als er beinahe die Stelle erreicht hatte, von der aus die Auszahlung der Gelder erfolgte, wurde ihm das Fenster vor der Nase zugeschlagen und erklärt, daß die Beamten nunmehr in eine Frühstückspause einträten. Die bedauernswerten Wohlfahrtsempfänger mußten über eine halbe Stunde warten, bis die Herren Beamten sich geneigt zeigten, die Auszahlungen vorzunehmen. Nun kam auch der von den Beamten nichterkannte Oberbürgermeister an die wiedergeöffnete Schalterstelle. Auf die kategorische Frage, wie er hieße, nannte er seinen Namen und seinen Stand, darob großes Entsetzen der Beamten, die alsbald abgelöst wurden.

In einem anderen Falle war es dem Oberbürgermeister aufgefallen, daß die Rechnungen über die Instandhaltung der städtischen Grünanlagen nicht detailliert ausgestellt wurden. Bei genauer Prüfung erkannte man, daß Beamte, die über die Instandhaltung zu wachen haben, sich gleichzeitig auf Kosten der Stadt ihre eigenen Gärten unterhalten ließen. Auch hier griff der Oberbürgermeister scharf zu.

In dem oben geschilderten Falle der Wohlfahrtsempfänger wäre es gut, wenn auch andere Oberbürgermeister den Apparat prüfen und für Abstellung der Uebelstände eintreten wollten

Dritter Verhandlungstag im Falk-Prozeß.

Düsseldorf

Zu Beginn des dritten Verhandlungstages im Falk-Prozeß wurden weitere Sachverständige vernommen, die sich über die Zuckerpreise zur Zeit des Lieferungsvertrages äußerten und zu der Schlußfolgerung kamen, daß zu den abgeschlossenen Preisen das Geschäft unrentabel gewesen sei.

Es wurde nun in die Zeugenvernehmung eingetreten. Ein Schiffsmakler bekundet, daß er mit Georg Noblot über das Schiff verhandelt habe. Es seien sechs Konossemente gemacht worden, die Originale, die die Bank erhielt, und drei Kopien, von denen der Kapitän, die Lieferfirma und der Zeuge je eins erhielten.

Der Untersuchungsrichter bekundet, daß ihm der nicht erschienene Georg Noblot erklärt habe, er habe auf Anraß d'Herbemonts das Konossement gefälscht, um Verluste zu vermeiden.

Im weiteren Verlauf der Zeugenvernehmung schildert der Vertreter der Hamburger Lieferfirma wie das Geschäft zustande kam. Er hat mit Georg Noblot verhandelt. Aus der verlesenen Korrespondenz ergibt sich, daß es sehr schwierig war, zu der betreffenden Jahreszeit so große Zuckermengen zu bekommen, zumal die Londoner Notierung unter dem Hamburger Kurse stand.

Der Zeuge ist der Ansicht, daß der Angeklagte Falk sich redlich bemüht hat, das Geschäft durchzuführen. Den gleichen Eindruck hat der Vertreter einer Liverpooler Firma, an dem auch der Angeklagte Falk bezüglich der Zuckerlieferungen herangetreten war. Das Geschäft hat sich später zerschlagen. Ein Vorstandsmitglied der Minerva hat den Lieferungsvertrag in Paris unterzeichnet, weiß aber über die Modalitäten des Vertrages nichts wesentliches zu bekunden. Als später von dem Reparationsagenten gemeldet wurde, daß der Vertrag unter Kontrolle gestellt und Unterlagen verlangt wurden, hat der Zeuge alles getan, um die verlangten Unterlagen gewissenhaft auszufüllen und hat sie dem Angeklagten Josef Noblot, der gerade nach Berlin fuhr, mitgegeben. Was daraus geworden ist, weiß er nicht. Der frühere Prokurist des Rheinhandelskonzerns hat den Bankgarantievertrag unterzeichnet, weiß aber über den Vertrag nichts genaues zu berichten.

Als letzter Zeuge wird der Direktor der Aachener Filiale der Banque de Verviers vernommen, dem an einem Sonntagmorgen der Angeklagte Josef Noblot die Tratte über 2 Mill. Mk. auf den Reparationsagenten übermittelt hatte. Der Betrag wurde dem Rheinhandelskonzern gutgeschrieben. Die Banque de Verviers hat später gegen Aushändigung der Schiffspapiere den Betrag für die Zuckerlieferung der Hamburger Lieferungsfirma bezahlt und diese Schiffspapiere am Aachener Bahnhof gelegentlich einer Durchreise, dem nicht erschienenen Mitangeklagten Georg Noblot ausgehändigt.

Nach dieser Zeugenvernehmung wurde die Verhandlung auf Donnerstag vertagt.

Zugunfall im Bahnhof Düsseldorf.

Ein Schaffner und drei Reisende leicht verletzt.

Düsseldorf

Die Pressestelle der Reisbahndirektion Wuppertal teilt mit: Am 6. Oktober gegen 18,16 Uhr fuhr im Bahnhof Düsseldorf Hauptbahnhof die für den Personenzug 3176 nach Krefeld bestimmte Lokomotive beim Zurücksetzen sehr heftig an den nur aus zwei Wagen bestehenden abgebremsten Zug heran, wodurch dieser um zwei Meter verschoben wurde. Dadurch wurde ein mit dem Anbringen der Zugschlußsignale beschäftigter Schaffner aus Krefeld verletzt. Von den Reisenden im Zuge erhielt einer Hautabschürfungen und zwei weitere Reisende klagten über Kopfschmerzen. Die drei Reisenden konnten die Reise fortsetzen. Der Personenzug erlitt 30 Minuten Verspätung.

Sport-Zeitung

Wenn man einen Weltrekordmann empfängt.

Nurmi von der anderen Seite.

„Erst Geld, dann Essen, dann schlafen, dann Sportplatz. — „Ohne bezahlen, nicht laufen." — „Geht eueres Weges, ich gehen allein."

Der „Königsberger Hartungschen Zeitung" entnehmen wir folgende köstliche und bezeichnende Schilderung von Nurmis Empfang in Königsberg. Ein Kommentar dazu erübrigt sich.

„Nurmi-Empfang. Ort der Handlung: Hauptbahnhof. Zeit: Sonntag mittag. Seriöse Herren, Herren der Gesellschaft, die sich um das Zustandekommen unseres Nurmifestes dankenswerte Verdienste erworben haben, stehen zur Begrüßung bereit. Der Finne steigt aus dem Coupé. In grünlich-grauem Regenmantel, feine Hosen haben von der Existenz eines Bügeleisens noch nichts erfahren. Man eilt zu ihm. „Herr Nurmi, Sie gestatten, daß ich mich Ihnen vorstelle . . .", „Sie gestatten . . .", „Sie gestatten . . ."

Diese Zeremonie ist beendet. Man fragt besorgt: „Was wünschen Sie nun zu unternehmen, Herr Nurmi? Wünschen Sie auf den Sportplatz zu fahren? Wünschen Sie zuerst zu essen? Wollen Sie ins Hotel fahren, um noch ein wenig auszuruhen?"

Nurmi zuckt mit den Achseln: „Ich nicht verstehen deutsch".

Ein anderer Herr, der den Wunderknaben schon vom Danziger Start her kennt, springt helfend ein, macht den Dolmetscher. Er spricht nicht finnisch, aber er hat sich schon eine erfolgreiche Verständigungsmethode angeeignet. Durch einen sanften Rippentriller verschafft er sich bei Nurmi Beachtung: „Du, Nurmi, hör' her! Sportplatz? Oder essen? Oder Hotel schlafen?"

Nurmi ist im Bilde, doch das alles interessiert ihn nur in zweiter Linie: „Wo Mister Döhring?" Verdutzte Gesichter in der Umgebung, doch Nurmi läßt sich nicht aus dem Konzept bringen. Er weiß, was er will: „Wo Mister Döhring?" wiederholt er recht eindringlich.

Antwort: „Mister Döhring auf dem Sportplatz."

Nurmi: „Schade". Frage: „Was nun?"

Nurmi: „Erst Geld, dann Essen. Dann schlafen. Dann Sportplatz."

Stillschweigen in der Umgebung. Nurmi fürchtet, sich nicht klar ausgedrückt zu haben und präzisiert seinen Gedanken: „Ohne bezahlen nicht laufen."

Mit einem Schlage versteht man sich mit Nurmi. Man weiß, woher der Wind weht. Nurmi kann deutsch, das Empfangskomitee finnisch.

Der Worte sind genug gewechselt. Schweigend, nachdenklich schlägt man den Weg zu den wartenden Autos ein. Das höfliche Empfangskomitee schickt sich an, den exotischen Gast in die Mitte zu nehmen. Ihm behagt das nicht. Er packt seine Begleiter zur Rechten und zur Linken beim Aermel und schiebt sie nach vorn. Die entsetzten Gesichter klärt er mit einer nicht mißzuverstehenden Handbewegung auf: „Geht eueres Weges, ich gehe allein."

Verehrter Leser, denkst Du etwa, was wir Dir erzählen, ist „Dichtung und Wahrheit"? Dann laß Dir sagen: es ist mehr Wahrheit als Dichtung."

Mit Leinberger!

Hertha/BSC. im Westen.

Berlin, 7. Okt. (Eig. Drahtber.)

Der deutsche Fußballmeister Hertha-Berliner SC. der am Samstag gegen Schalke 04 und am Sonntag gegen Preußen Münster spielen wird gibt soeben seine Mannschaftsaufstellung zu diesen Treffen bekannt, in der man überraschend auch Deutschlands besten Mittelläufer, Ludwig Leinberger, findet, der nun endgültig seinen Vereinswechsel vollzogen hat. Die Meisterelf wird ihre Spiele nun in folgender Besetzung bestreiten:

Gehlhaar; Wilhelm, Völker; Müller, Leinberger, Liskow; Ruch, Sobeck, Lehmann, Kirsey, Greschuß.

Pferde-Sport

Rennen zu Düsseldorf.

1. Rennen: 1. Eilwerk (W. Fabel), 2. Mona, 3. G. N. Toto: Sieg 28, Platz 13, 45, 38:10. Ferner: Snatol, Glanz, Oh Yes, Fliederfee, Gerlind, Skapaflow. — 2. Rennen: 1. Maharadscha (W. Winkler), 2. Cardamon, 3. Rhenus Toto: Sieg 41, Platz 14, 16, 12:10. Ferner: Maikäfer, Flüzelmann, Franziskus. — 3. Rennen: 1. Rosenrot (W. Winkler), 2. Mistinguette, 3. Gegenmine, 4. Dictator. Toto: Sieg 231:10, Platz 32, 23, 18, 17:10. Ferner: Marionette, Tarzan, Regent, Mauerbrecher, Pinguist, Bayard, Schneegans, Fjelberg, Grafenstein, Solistin, Hereditha. — 4. Rennen: 1. Volumnius (J. Pinter), 2. Chamberlin, 3. Kabristan. Toto: Sieg 13, Platz 10, 11:10. Ferner: Nicolet. — 5. Rennen: 1. Fernpaß (H. Wenzel), 2. Mauser, 3. Orchilla. Toto: Sieg 108, Platz 17, 15, 14:10 Ferner: Nobelmann, Ria, Ilsenburg, Fantasia, Fortis. — 6. Rennen: 1. Klingenschmied (W. Schulze), 2. Völkerbund, 3. Sepp. Toto: Sieg 82, Platz 26, 14, 24:10. Ferner: Brigant, Comtesse Isola, Agrippa, Bergschüler, Lucca, Lonetta, Janette, Ahnenfürst, Hofnarr. — 7. Rennen: 1. Amedee de Savoie (W. Fabel), 2. Seelöwe, 3. Pechvogel. Toto: Sieg 47, Platz 12, 11, 21:10. Ferner: Peloria, Gaukelei, Edelmann, Augapfel, Sündenbock, Föhn 2.

Rennen zu Le Tremblay.

1. Rennen: 1. Mammie (Pecqueux), 2. Einglaß, 3. Don't Marry. Toto: Sieg 405, Platz 95, 45, 44:10. Ferner: 16 Pferde. 2. Rennen: 1. De Medicis (Sacc), 2. Rats Tail, 3. La Mode. Toto: Sieg 30, Platz 14, 15, 27:10. Ferner: 7 Pferde. — 3. Rennen: 1. Homard (Keogh), 2. Danias, 3. Flamme Berte. Toto: Sieg 79, Platz 32, 23, 21:10. Ferner: 7 Pferde. — 4. Rennen: 1. Passez (Feret), 2. Duchess of Marlborough, 3. Castine. Toto: Sieg 92, Platz 36, 31:10. Ferner: 3 Pferde. — 5. Rennen: 1. Leonard (Semblat), 2. Echec et Mat, 3 Logarithme. Toto: Sieg 59, Platz 22, 55, 22:10 Ferner: 10 Pferde. — 6. Rennen: 1. Paltoquette (Keogh) 2. Belrose, 3. Sirfilt. Toto: Sieg 73, Platz 25, 27, 25:10. Ferner. 7 Pferde.

Unsere Vorausjagen für Donnerstag, 8. Okt.

Karlshorst: 1. Immerzu-Sigmar; 2. Paroli-Namen; 3. Liberator-Parademarsch; 4. Königsfonne-Ard Schlubeck; 5. Amalfi-Mannestreue; 6. Oberstolz-Madame Laffitte; 7. Ledum-Larenburg.

Compiegne: 1. Pico Blanco-Aalemont; 2. Tortue-Metropolis; 3. Black Pearl-Metternich; 4. La Flotte-Oiseleur; 5. Nellus-Stall Unzue; 6 Suavita-Houpelande II.

Handel und Industrie

Dortmund, 7. Okt. Zucht- und Faselviehmarkt. Auftrieb: 452 Großvieh, 179 Schweine, 21 Kälber. Tendenz: schlecht, voraussichtlich Ueberstand. Preise: Hochtragende und frischmelke Kühe 1. Sorte 390—450 Mark, 2. Sorte 310—390 Mark, 3. Sorte 220—310 Mark, Rinder, 1. Sorte 200—360 Mark, Tendenz am Schweinemarkt: sehr langsam. 6—8 Wochen alte 9—12 Mark 8—10 Wochen alte 12—18 Mark, 10—12 Wochen alte 18—20 Mark. Der nächste Markt findet am 14. Oktober statt.

Berlin, 7. Okt. Produktenbörse. Märkischer Weizen 215—218, märkischer Roggen 185—187, Braugerste 159—173, Futter-Industrie-Gerste 151—158, märk. Hafer 140—148 für 1000 Kilo. Weizenmehl 27—32, Roggenmehl 26,2—28,75, Weizenkleie 10,2—10,4, Roggenkleie 9,15—9,4, Viktoriaerbsen 20—27, Leinkuchen ab Hamburg 13,2—13,4, Erdnußkuchen 50 % ab Hamburg 11,3, Erdnußkuchenmehl 11,4, Trockenschnitzel 6—6,1 Parität Berlin, Extrahierter Soya-Bohnenschrot 46 % ab Hamburg 11,2, dito ab Stettin 11,7 für 100 Kilo.

Dorsten

Baum durchschlägt elekt. Leitung

d. An der Barbarastraße fiel beim Holzfällen ein Baum auf die elektrische Leitung und durchschlug diese. Ein zufällig des Weges kommender Polizeibeamter erkannte die Gefährlichkeit der Situation und hielt Neugierige zurück.

Eine geheimnisvolle Fahrt

„Motorradverkauf" ohne Adresse.

d. Die Polizeiverwaltung Dorsten teilt uns mit, daß einem Motorradbesitzer in Deuten von einem Dorstener die Vermittlung des Verkaufs der Maschiene angeboten wurde. Beide setzten sich auf das Rad, der Besitzer als Sozius, und fuhren in Richtung Scholven. Unterwegs bedeutete der Fahrzeuglenker dem Besitzer des Motorrades, man sei nur noch ein paar hundert Meter vom Ziel entfernt, er möge deshalb absteigen.

Der Aufforderung wurde Folge geleistet, doch wartete der Besitzer nachher zwei Stunden vergebens auf die Wiederkehr seines Begleiters. Dann machte er sich auf den Heimweg. Ueber den seltsamen Vorgang ist Anzeige erstattet.

Bis gestern mittag war der Fahrzeugführer noch nicht wieder zur Stelle. Die Polizei neigt zu der Annahme, daß er eine Spritztour hat unternehmen wollen. Der Ausgang der Untersuchung bleibt abzuwarten.

d. **Dreizehn Dorstener mehr.** Ueber die Bevölkerungsbewegung im Monat September werden amtlicherseits nachstehende Ziffern bekanntgegeben: Einwohnerzahl am Anfang des Monats 10 411, Zugezogen: 89, Verzogen 82, Wanderungsgewinn 7, Geburten ohne Totgeburten 13, Sterbefälle 7, Geburtenüberschuß 6, Gesamtgewinn 13. Einwohnerzahl am Ende des Monats 10 424.

d. **Polizei alarmiert.** Gestern mittag wurde aus der Marler Heide polizeilicher Schutz gegen Kartoffeldiebe angefordert. Als Beamte erschienen, hatten die Täter bereits das Weite gesucht.

d. **Die NSDAP., Ortsgruppe Dorsten,** ladet ein zur öffentlichen Kundgebung am Donnerstag, dem 8. Oktober, abends 8 Uhr im Saale Koop am Markt. Es spricht Fillusch aus Hindenburg über: „Trotz Verbot nicht tot".

d. **Spielplanverlängerung wahrscheinlich.** Die Wiederholungen des Weihespiels „Die hl. Elisabeth" von Erich Eckert haben einen solch lohnenden Andrang des Publikums im Dorstener Gesellenhaussaal gesehen, daß eine Ausdehnung der Spielserie über Sonntag hinaus auf Montag ernstlich erwogen ist.

d. **Plattdeutscher Abend der evangelischen Gesellen.** Für kommenden Dienstag hat der evangelische Gesellenverein Dorsten in sein Bildungsprogramm einen plattdeutschen Abend aufgenommen, zu dem auch die Damen erwartet werden. Die Veranstaltung wird bei Engelbert Freitag durchgeführt.

d. **Evangelischer Arbeiterverein Dorsten.** Im Anschluß an den Hauptgottesdienst findet am Sonntag, dem 11. Oktober im Gemeindehaussaal die fällige Versammlung statt.

d. **D. H. V. Dorsten.** In der Dienstagabend abgehaltenen Monatsversammlung wurde für den am 8. November in Bochum stattfindenden Kreistag die Entsendung dreier Kollegen beschlossen. In Anbetracht der Notzeit werden fortan die regelmäßigen Mitgliederzusammenkünfte nur noch alle zwei Monate stattfinden, die nächste am 1. Dezember. Jugendführer Stockmann verbreitete sich in spannendem Bericht über die Innsbruckfahrt der D. H. V.-Jugend vom Juli ds. Jrs. Der Gau Niederrhein habe allein 700 Jungmannen zur Kundgebung entsandt, bei der insgesamt 8000 Teilnehmer gezählt worden seien.

Wie heißen Sie?

Ertappte Kartoffeldiebe.

l. Die Frechheit der Kartoffeldiebe wird immer größer. Der Landwirt N. in der Bauerschaft Wessendorf hatte seine Kartoffeln auf dem Felde in Säcken verpackt stehen lassen. Während er sein Fuhrwerk holte, benutzten Diebe die Gelegenheit und nahmen auf Rädern einige von diesen Säcken mit. Der in der Nähe arbeitende Landwirt B. aus Kleinreken nahm mit seinen Leuten die Verfolgung auf, und der herbeigerufene Ehrenfeldhüter K. stellte die Personalien der Diebe fest. Es handelt sich um drei junge Burschen aus Gelsenkirchen-Buer und Horst-Emscher. Anzeige ist erstattet.

l. **Nur eine Vorschlagsliste.** In der katholischen Pfarrgemeinde Herwest fand die Ersatzwahl für die nach der Kirchenordnung ausscheidenden Kirchenvorstandsmitglieder statt. Es war keine zweite Vorschlagsliste eingegangen, so daß in den Kirchenvorstand berufen wurden: St. Joseph: Ludwig Klinken, Heinrich Schulte und Joseph Havermann, St. Marien: Andreas Stevens, Franz Lorey, Westhoff, St. Paulus: Joseph Grütering, Heinrich Börger und Heinrich Steven.

Alter Kurs unter neuer Leitung

Vielseitige Beratungen der Jugendpflegeausschüsse Herwest - Holsterhausen.

Sportplatz- und Turnhallenfrage

l. Unter dem Vorsitz des Amtsinspektors Küper fand im Bahnhofshotel Calcum eine Sitzung der Jugendpflegeausschüsse von Herwest und Holsterhausen statt. Der Holsterhausener Jugendpflegeausschuß war nicht beschlußfähig.

Versammlungsleiter führte aus, daß für die Jugendpflege wenig Mittel zur Verfügung ständen, dennoch solle die in der bisherigen Weise weiter betrieben werden, da der Staat Hilfe in Aussicht gestellt habe und die Amtsverwaltung diesbezügliche Anträge stellen werde.

Dem bisherigen Vorsitzenden Amtsobersekretär Kuhlmann wurde das beste Zeugnis über seine Betätigung in der Jugendpflege ausgestellt. Wenn Verzögerungen vorgekommen seien, habe dies an Dienstüberlastung gelegen. Pastor Paeschke meinte, Nachfolger Kuhlmanns müßte Amtsobersekretär Lange werden, während Lehrer Ketteler es für richtiger hielt, einen Vorsitzenden aus den Reihen der Mitglieder zu nehmen. Amtsinspektor Küper verzichtete auf seine Wahl, da er in Wulfen wohne und die Jugendpflege sich in der Hauptsache in Herwest und Holsterhausen abspiele und schlug ebenfalls Amtsobersekretär Lange vor. Gemeindevertreter Dubiel war für eine amtliche Kraft, weil diese stets Fühlung mit den Vereinen und übergeordneten Stellen habe und beantragte, Herrn Lange wenigstens bis zum 31. 3. 1932 zu wählen. Nach über einstündiger Aussprache wurde Amtsobersekretär Lange zum Vorsitzenden und zum Schriftführer Lehrer Ketteler gewählt.

Versammlung nahm Kenntnis von einer Verfügung der Regierung, wonach möglichst Teilnehmer zum 8tägigen Laienspiellehrgang in der Jugendherberge Sinsen entsandt werden sollen, und brachte zum Ausdruck, daß sie dem Lehrgang sehr sympathisch gegenüber stehe. Es müsse erst festgestellt werden, ob die Gemeinde bereit sei, aus dem Jugendpflegefonds einen Betrag zur Verfügung zu stellen. Wenn ja, sollen 4 erwerbslose Vereinsmitglieder des Spiel und Sport, vom Schwimmverein Neptun oder Evangelischen Jünglingsverein, von der DJK. St. Joseph und St. Paulus Herwest-Dorsten entsandt werden. Zum Ausdruck des Reichs-Turn- und Sportvereins Herw.-Dorsten auf Ueberlassung der Turnhalle an Freitagabenden war man der Ansicht, daß an der bisherigen Turnhallenvergebung nichts ändert werden könne. Der Antragsteller müsse ein Verzeichnis seiner Mitglieder einreichen und den Nachweis erbringen, welchem Spitzenverband er angeschlossen ist.

Am Montag um 8 Uhr soll bei von Scheven eine Sitzung der Vertreter aller an der Turnhalle interessierten Vereine stattfinden.

Aus den Nachbarstädten werden Statuten über Jugendpflegeausschüsse und ähnliche Körperschaften eingeholt zwecks Ausarbeitung solcher für Herwest. Die Vergebung des Gemeindesportplatzes für die Spiele am nachfolgenden Sonntag findet jeden Dienstagabend um 8 Uhr im Gasthaus Sures statt.

Auf Antrag Dubiel will der Jugendpflegeausschuß bei der Gemeindevertretung vorstellig werden, daß der obere Gemeindesportplatz von den Sandwehen befreit und in ordnungsmäßigen Zustand versetzt wird. Ferner wurde über die Zustände im Graben vor dem Sportplatz im Dorf Herwest geklagt. Das Ausbleiben der Diplome vom letzten Sportfest der Herrlichkeit wurde kritisiert und baldige Aushändigung an die Sieger gefordert.

l. **Noch ein Kartoffeldiebstahl!** Dem Landwirt Beßling in Klein-Reken halfen Diebe bei der Kartoffelernte. Nächtlicherweise wurden ca. 10 Ztr. auf seinem Acker ausgemacht.

Ausbildung von Siedlungswilligen

Gute Voraussetzungen für Siedler. — Neue Kurse bei Deulakraft.

di.d. Wie die Entwicklung der letzten Monate zeigt, gewinnt die Ueberzeugung in allen Kreisen der Bevölkerung, sowie bei den zuständigen Behörden immer mehr an Boden,

daß richtige und planmäßige Siedlung und zwar sowohl landwirtschaftliche Siedlung als auch Stadtrand- oder Heimstättensiedlung, ein wirksames Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sei.

Allerdings muß hierbei eine Einschränkung gemacht werden und zwar insofern, als nur mit gut ausgewählten und gut ausgebildeten Siedlungswilligen gesiedelt werden kann.

Zurzeit werden eine ganze Reihe von Siedlungsversuchen durchgeführt, die alle grundsätzlich andere Wege gehen wollen, als die bisherige Siedlungsarbeit sie gehen konnte. Alle diese Versuche bauen auf dem Gedanken der Selbsthilfe auf, das heißt,

daß der Siedler bei der Errichtung der Siedlungsbauten selbst mit Hand anlegen soll, also gewissermaßen wie der Pionier in den Kolonien von Anfang an durch seiner Hände Arbeit die Siedlung aus dem Nichts schaffen soll.

Mit diesen Versuchen parallel laufen die technischen Siedlerkurse bei den Deutschen Landkraftführerschulen in Zeesen bei Königswusterhausen, die nun ihrerseits erweisen sollen,

daß eine derart technische Ausbildung für diese neue Selbsthilfesiedlung die beste Voraussetzung ist, und darüber hinaus auch das geeignete Mittel für die Auswahl der für diese Siedlung geeigneten Siedlungswilligen.

Der erste dieser Kurse hat bereits begonnen und kann von allen Siedlungswilligen, dann vor allem aber auch von den Siedlerberatern und allen Stellen, die irgendwie mit der Siedlung zu tun haben, in Zeesen besichtigt werden. Der Kursus kommt jedoch nicht nur für Siedler, sondern für alle bäuerlichen Klein- und Mittelbetriebe in Frage, da in diesen bezüglich der Erhaltung des toten Inventars und der Neubeschaffung von Geräten dieselben Verhältnisse herrschen wie bei den Siedlern. — Zeesen ist von Berlin aus bequem in einer knappen Stunde zu erreichen.

Die technischen Siedlerkurse werden den ganzen Winter über neben den sonstigen bekannten Schlepperführer- und Landmaschinenkursen stattfinden. Die Termine sind folgende: 26. 10 bis 20. 11. 1931, 24. 11. bis 19. 12. 1931, 4. 1. bis 29. 1. 1932, 1. 2. bis 26. 2. 1932, 29. 2. bis 26. 3. 1932.

Um die Oberstufe der Volksschule

Der erste Tag der „Pädagogischen Tagung" in Gladbeck. — Vorträge von Prof. Dr. Danzfuß und Direktorin Dr. Müller.

Forderungen der Gegenwart

gv. Die von der Gesamtlehrerschaft Gladbecks veranstaltete „Pädagogische Tagung", über deren Eröffnung wir bereits berichteten, wurde mit einem nahezu zweistündigen, formvollendeten und tiefgründigen Vortrag von Dr. Danzfuß, Professor an der Pädagogischen Akademie Dortmund, eingeleitet, der über

Sinn und Inhalt der Oberstufenarbeit der Volksschule

sprach.

Die nicht wegzuleugnende Not der Oberstufe zwingt den Pädagogen, ihre Ursache zu erforschen und nach neuen Wegen zu suchen, um Sinn und Inhalt der Oberstufenarbeit mit den Anforderungen der Gegenwart als einer Krisenzeit in Einklang zu bringen. Weder das ältere humanistische Bildungsideal der harmonischen Durchbildung der Persönlichkeit noch das realistische Bildungsziel des positivistischen Zeitalters vermögen dem gerecht zu werden. Heute tut uns ein aktivistischer Bildungsbegriff not, der vom einzelnen ein besonders hohes Maß von Verantwortung dem Ganzen gegenüber und Bildung des Willens fordert.

„Sinn der Oberstufenarbeit muß sein, den schlichten, zu körperlicher und geistiger Arbeit gleich willigen und geschickten, verantwortungsbewußten und entscheidungsuchenden Menschen zu bilden, der, aufgeschlossen für Natur und Kultur, die Fähigkeit und den Willen besitzt, von seinem Standorte aus an der Höherentwicklung der Kultur mitzuarbeiten und im Sinne sozialer Hingabe im Dienste der Volksgemeinschaft zu wirken."

Es ist eine Illusion zu glauben, daß der Beruf das ganze Leben des Menschen ausfüllen könne. Die Schule hat den Menschen dafür zu bilden, daß er imstande ist, seine freie Zeit richtig auszufüllen. Diese Welt darf nur der Arbeitswelt nicht entgegenarbeiten.

Inhalt der Oberstufenarbeit kann deshalb auch nur das werden, was zur gegenwärtigen oder künftigen Lebensganzheit des Schülers in innerer Beziehung steht und was seiner geistigen und seelischen Veranlagung gemäß ist. Alle Bildungsstoffe müssen daher Gegenwartsbezogenheit haben, sie müssen ferner in der heutigen Krisenzeit einen starken realen Einschlag besitzen. Unter diesem Gesichtspunkt bedürfen die Stoff- und Lehrpläne der Oberstufe einer zeitgemäßen Revision, um alles nicht unbedingt Notwendige auszuschalten und damit Platz für die Gemeinschaftsbildung zu gewinnen.

Die wichtigste Phase der Oberstufenarbeit ist heute mehr als je die Auseinandersetzung mit dem wirklichen Leben, darum muß das Kind an die Probleme herangeführt werden, darum ist aber auch eine Verlängerung der Volksschulpflicht um ein oder zwei Jahre zu fordern, weil die Bildung des Volksschülers im entscheidenden Stadium jählings abgebrochen wird. Ist sich auch die Lehrerschaft darüber klar, daß die Durchführung der Reformen unter den heutigen Verhältnissen unmöglich ist, so setzt sie diesen Schwierigkeiten ein mutiges „Dennoch" und „Trotzalledem" entgegen.

✣

Nach kurzer Pause sprach dann Frau Direktorin Dr. M. Müller (Köln) über das Thema:

„Der Eigencharakter der Mädchen-Volksschule in heutiger Krisenzeit."

In ihren feinsinnigen Ausführungen betonte die Rednerin die Notwendigkeit des Wissens um die wirklichen Aufgaben der Mädchenbildung in der Gegenwart. Alte ideologische Ziele lassen sich nicht aufrechterhalten in einer Zeit, die uns an das wirkliche Leben heranführt in dem Geist und Leben eine unlösliche Einheit bilden. Nicht Harmonie und Reife des Mädchens ist das Ziel, sondern die Entfaltung lebendiger Energien und Anbahnung einer bewußt fraulichen und zugleich geistigen Haltung. Die Kräfte des Mädchens müssen einmal aufgelockert, zum andern muß der bei Mädchen besonders großen Gefahr der Auflösung durch das Gegengewicht der Konzentration entgegengearbeitet werden. Die Entfaltung des Weiblichen kommt dabei von selbst.

Der dem weiblichen Geschlecht eigentümlichen Begabung für Schaffen und Formen muß die Oberstufe besonders entgegenkommen. Es ist deshalb alles zu begrüßen, was das Mädchen aus der Verklammerung der Schulbank herauslöst, was seiner Doppelbestimmung für Familie und Beruf entspricht. Die Einbeziehung des Elternhauses in die Schularbeit ist dabei ebenso unerläßlich wie eine gewisse Härte in der Erziehung, um der Gefahr der Verweichlichung zu entgehen. Dabei darf die Pflege feiner seelischer Werte, die im Mädchen schlummern, die aber mit fortschreitender Industrialisierung verloren zu gehen drohen, nicht außer acht gelassen werden.

Vornehmste Aufgabe in heutiger Krisenzeit ist die Erziehung zur volkswirtschaftlichen, staatsbürgerlichen und religiösen Verantwortlichkeit und zur Bereitschaft, sich dienend in die verschiedenen Gemeinschaftsformen einzugliedern.

Ziel ist die Selbstbesinnung auf edelste Kräfte, daraus allein wächst die neue schöpferische Tat.

Herrlichkeit Lembeck

Vom Gestein überrascht

l. Der Bergmann Droste aus Herwest-Dorsten geriet auf Zeche Fürst Leopold unter einen Bruch. Durch herabfallendes Gestein und Kappschienen erlitt er Quetschungen an der Brust, den Armen und Beinen. D. mußte mit dem Herwester Sanitätsauto zum Bergmannsheil Buer geschafft werden.

Nachträglich Listensammlung

Brennende Themen der Kriegervereinssache.

l. Der Krieger- und Landwehrverein Holsterhausen bereitete Dienstagabend die Generalversammlung für kommenden Sonntag in einer Vorstandssitzung vor. Kamerad Ilger gab bekannt, daß man sich in dieser Versammlung mit der Sterbeversicherung und der Beitragsfestsetzung zu befassen habe. Man habe am vergangenen Sonntag von der Sammlung des Volksbundes für Kriegsgräberfürsorge Abstand genommen, da gerade in der Gemeinde so große Not herrsche. Seitens der Versammlung wurde der Wunsch laut, daß die Sammlung nachgeholt werden müsse und wenn auch nur ein geringer Betrag herausspringe. In dieser Woche noch findet eine Listensammlung von Haus zu Haus statt, für den östlichen Teil durch Kamerad Arno Fröhlich, für den westlichen durch Kamerad Heinrichs.

Ferner wurde Kenntnis genommen von dem Propagandafeldzug des Kyffhäuserbundes für die internationale Abrüstungskonferenz im Februar 1932 in Genf und beschlossen, in der Generalversammlung hierzu ein Referat zu halten und eine entsprechende Entschließung zu verfassen.

Das Thema Sterbeversicherung nahm wieder lange Zeit in Anspruch. Der Generalversammlung soll die Entscheidung überlassen werden über 1. Beitritt in die Kriegerwohlfahrtsgemeinschaft, 2. in die Provinzialsterbekasse, 3. Verbleiben in der bisherigen Vereinssterbekasse. Seitens vieler Vorstandsmitglieder wurde gewünscht, den Beitritt in die Sterbekasse der Kriegerwohlfahrtsgemeinschaft zu vollziehen, da dann die Mitglieder auf rechtlicher Basis bis ins späte Alter versichert seien. Im Auftrage der Kb. und Kh. brachte Kamerad Fröhlich Bedenken vor. Kamerad Schröder hielt die Umwandlung der Sterbekasse im jetzigen Augenblick für nicht günstig und schlug vor, falls die Generalversammlung für die Kriegerwohlfahrtsgemeinschaft nicht zu haben sei, bei einem Monatsbeitrag von 50 Pfg. das Sterbegeld etwas zu ermäßigen, od. aber bei einem Monatsbeitrag von 60 Pfg. das bisherige Sterbegeld bestehen zu lassen. — Für den verziehenden 2. Kassierer Gamm ist ein Nachfolger zu bestimmen. Kamerad Aßmann forderte noch auf, daß die Kameraden ihre Söhne, selbst wenn sie schon im reiferen Alter stehen, zur Jugendgruppe schicken. Die Generalversammlung findet um 5 Uhr am kommenden Sonntag beim Vereinswirt Duwe statt.

Premiere schon Mitte Oktober.

Wieder Herwester Gemeindeaufführungen.

l. Die Theaterkommission Herwest hatte dringende Sitzung. Dr. Jobst referierte ähnlich wie in Holsterhausen. Das Hamborner Stadttheater soll mit der Operette „Viktoria und ihr Husar" bereits zum 15. Oktober und das Rheinische Städtebundtheater zum 5. Dezember mit dem Schauspiel „Der Kaufmann von Venedig" von Shakespeare verpflichtet werden.

Für ein weiteres Schauspiel soll nach Möglichkeit das Westfälisch-Ostfriesische Landestheater gewonnen werden. Für den Bühnenvolksbund betragen die Abonnementspreise: 1. Platz 1,29 ℳ, 2. Platz 90 ₰, 3. Platz 60 ₰, für die Volksbühne beim Rollsystem 70 ₰. Eintrittskarten für Einzelvorstellungen kosten 1. Platz 1,50 ℳ, 2. Platz 1,00 ℳ, 3. Platz 70 ₰.

Aufsehen um ein — Schwein.

Aus dem Zuge gesprungen.

l. Zwischen dem Bahnhof Reken und Lembeck bemerkten auf dem Felde arbeitende Bewohner, daß aus einem vorbeifahrenden Zuge etwas herausfprang und gleich unter den Rädern verschwand. Voller Schrecken eilte man hin und fand blutige Fleischreste. Bei näherer Untersuchung stellte sich heraus, daß es sich um Ueberreste eines Schweines handelte.

ah. **Die Notgemeinschaft der Gemeinde Gahlen** setzt mit den Sammlungen ein. Es werden Vertrauensleute von Haus zu Haus gehen und eine Liste zur Einzeichnung des Quantums der Naturalien bezw. des Geldbetrages, den man spenden will, vorlegen. Die Bevölkerung möge die Notgemeinschaft und deren hohes Ziel weitgehend unterstützen.

Zum ersten Mal Bevölkerungsabnahme im Regierungsbezirk Münster

Flucht aus dem Industriegebiet

Das Verhältnis zwischen den Geburten-, Sterbe- und Wanderungsverlustziffern. — 4191 Menschen weniger im Regierungsbezirk.

Zeichen der Wirtschaftskrise

vbt Brachte das erste Vierteljahr 1931 dem Regierungsbezirk Münster eine Abnahme von 1730 Personen, so ergab das zweite Vierteljahr ein Weniger von 4191. Die Ursache liegt darin, daß in noch geringerem Maße als im ersten Vierteljahr 1930 der Geburtenüberschuß den Wanderungsverlust ausgleichen konnte. Dabei ist der Geburtenüberschuß an sich größer als im ersten Vierteljahr 1931, wo 8417 Lebendgeburten 4647 Sterbefällen gegenüber standen und somit ein Ueberschuß von 3770 vorhanden war.

Die sinkende Geburtenziffer

Die Zahlen des zweiten Vierteljahres ergeben sich aus folgender Uebersicht:

	Lebendgeburten der örtlichen Bevölkerung	Sterbefälle	Geburtenüberschuß
a) Landkreise:			
Ahaus	502	205	297
Beckum	487	195	292
Borken	347	114	233
Coesfeld	296	129	167
Lüdinghausen	498	195	303
Münster	230	125	105
Recklinghausen	983	411	572
Steinfurt	655	231	424
Tecklenburg	393	184	209
Warendorf	183	102	81
Summe a):	4574	1891	2683
b) Stadtkreise:			
Bocholt	189	69	120
Bottrop	435	153	282
Gelsenkirchen	1494	728	766
Gladbeck	299	111	188
Münster	600	271	329
Recklinghausen	386	151	235
Summe b):	3403	1483	1920
Summe a):	4574	1891	2683
Summe a) u. b):	7977	5374	4603

Danach stehen 7977 Lebendgeburin 5374 Todesfällen gegenüber, was einen Ueberschuß von 4603 ergibt. Im Vorjahr betrug im gleichen Zeitraum die Geburtenziffer 9126, die Sterbeziffer 3559. Der Geburtenüberschuß betrug also 5567.

Die stark sinkende Tendenz ist unverkennbar.

Wanderungsverlust der Industriestädte

Von dem Wanderungsverlust sind nicht alle Stadt- und Landkreise betroffen. Einen Wanderungsgwinn zeigen die Landkreise Borken, Münster, Tecklenburg und Warendorf, also die überwiegend landwirtschaftlichen Kreise. Von den Stadtkreisen weist allein Münster einen Wanderungsgewinn auf, was sich in der Hauptsache durch den Zuzug der Studentenschaft im Sommersemester erklärt. Im Ganzen ist der Wanderungsverlust der Stadtkreise ganz erheblich größer als der der Landkreise.

	Zuzüge	Fortzüge	Wanderungsgewinn bezw. -verlust
a) Landkreise:			
Ahaus	1913	1961	— 48
Beckum	2825	3028	— 203
Borken	1215	1136	+ 79
Coesfeld	1528	1537	— 9
Lüdinghausen	2528	2789	— 261
Münster	2393	2049	+ 344
Recklinghausen	5575	7068	— 1493
Steinfurt	2451	2588	— 137
Tecklenburg	1517	1476	+ 41
Warendorf	1254	1159	+ 95
Summa a)	23 199	24 791	— 1592
b) Stadtkreise:			
Bocholt	512	629	— 117
Bottrop	1501	2522	— 1021
Gelsenkirchen	5657	10966	— 5309
Gladbeck	1161	1997	— 836
Münster	5001	4142	+ 859
Recklinghausen	1915	2693	— 778
Summe b):	15 747	22 949	— 7202
Summa a)	23 199	24 791	— 1592
Summe a) u. b):	38 946	47 740	— 8794

Der Wanderungsverlust betrug im ersten Vierteljahr insgesamt 5500 Personen, ist also im zweiten um fast 2500 Personen größer. Er ist auch stärker als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Ganz besonders fällt die hohe Ziffer für Gelsenkirchen, aber auch die für Bottrop ins Auge. Beim Landkreis Recklinghausen ist der Wanderungsverlust gegenüber dem ersten Vierteljahr um mehr als 1000 größer. Man ersieht daran, wie stark die Krise diesen industriellen Landkreis erfaßt hat.

Im ganzen ist gleichwohl die Wanderungsbewegung gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres erheblich zurückgegangen, wie sich aus folgenden Zahlen ergibt:

2. Vierteljahr	Zuzüge:	Fortzüge:	Verlust:
1930	45 301	52 869	7568
1931	38 946	47 740	8794

4191 Menschen weniger

Betrachten wir das Gesamtergebnis durch Gegenüberstellung von Geburtenüberschuß und Wanderungsgewinn bezw. -verlust, so weist von den Landkreisen nur Recklinghausen einen Bevölkerungsverlust (— 921) auf, derselbe Landkreis, der im ersten Vierteljahr 1931 noch eine Zunahme von 105 Personen zu verzeichnen hatte.

	Einwohnerzahl am 31. 3. 1931	Gesamtgewinn bezw. Verlust	Einwohnerzahl am 30. 6. 1931
a) Landkreise:			
Ahaus	73 120	+ 249	73 369
Beckum	93 624	+ 89	93 713
Borken	54 736	+ 312	55 048
Coesfeld	57 032	+ 158	57 150
Lüdinghausen	85 357	+ 42	85 399
Münster	56 788	+ 449	57 237
Recklinghausen	188 087	— 921	187 166
Steinfurt	110 146	+ 287	110 453
Tecklenburg	73 805	+ 250	74 055
Warendorf	37 057	+ 176	37 233
Summe a):	829 752	+ 1091	830 843
b) Stadtkreise:			
Bocholt	32 866	+ 3	32 869
Bottrop	86 106	— 739	85 367
Gelsenkirchen	335 568	— 4543	331 025
Gladbeck	61 431	— 648	60 783
Münster	119 942	+ 1188	121 130
Recklinghausen	87 926	— 543	87 383
Summe b):	723 839	— 5282	718 557
Summe a):	829 752	+ 1091	830 843
Summe a) u. b):	1 553 591	— 4191	1 549 400

Von den Stadtkreisen schneidet nur Münster mit einem erheblichen Gewinn ab (+ 1188). Bocholt kann sich immerhin noch an einem Mehr von drei Personen erfreuen. Die stärkste Abnahme hat Gelsenkirchen aufzuweisen (4543). Gelsenkirchens Bevölkerung zeigte auch im ersten Vierteljahr schon eine Abnahme von 659 Personen, im zweiten Vietreljahr 1930 ergab sich ein Rückgang um 3929. Gelsenkirchen teilt dieses Schicksal der abnehmenden Bevölkerung mit anderen Großstädten des rheinisch-westfälischen Industriegebietes. Seit 1929 ist in dem Wachstum der mit Industrie durchsetzten Großstädte des Westens eine rückläufige Entwicklung zu erkennen. Diese wird sich gegenüber 1929 und 1930 im Jahre 1931 zweifellos noch verstärken.

Darüber hinaus kann nach dem Ergebnis des ersten Halbjahres 1931 damit gerechnet werden, daß in diesem Jahre zum

ersten Mal in der Geschichte des Regierungsbezirks eine Bevölkerungsabnahme verzeichnet werden muß,

nachdem noch im Jahre 1930 sich ein Mehr von 7737 ergeben hat. Es sei denn, daß, was unwahrscheinlich ist, im Winterhalbjahr eine besonders starke Rückwanderung in die Industriestädte einsetzt. Es liegt auf der Hand, daß der erhebliche Wanderungsverlust des ersten Halbjahres durch Rückwanderung aufs Land, auch in die ländlichen Gebiete des Ostens, bedingt ist. Diese Entwicklung ist angesichts der Wirtschaftslage durchaus natürlich. Wünschenswert wäre aus verschiedenen Gründen, wenn noch mehr Menschen, die vom Lande stammen, oder deren Eltern dort groß geworden sind, für die Dauer den Weg zur Scholle zurückgewinnen und dort eine gesunde Existenz, Arbeit und Brot finden würden.

Um ein paar Kartoffeln

beinahe zum Mörder geworden. — Barbarische Mißhandlung eines Polizeibeamten durch zwei Buschhausener Kartoffeldiebe.

s*a. Im Sommer dieses Jahres nahmen in erschreckendem Maße die Diebereien von Feldfrüchten zu, und der kleine Mann, der sich mühsam seinen Acker und Garten bestellt hatte, stand nicht selten des Morgens entsetzt vor einem zerwühlten und abgeernteten Acker. Die Notrufe kamen besonders um diese Zeit aus der Gegend des Holtener Bruchs und die Polizei war angewiesen, ein besonders scharfes Auge auf dergleichen Diebe zu haben.

In den frühen Morgenstunden des 7. August ds. Jrs. hatte der Hauptwachtmeister aus Oberhausen in der Gegend zwei Männer beobachtet, die mit einem schweren Sack schließlich in einem Hause in Buschhausen verschwanden. Es waren die beiden Brüder Hermann und Heinrich T., von denen der erstere schon häufig mit dem Strafgesetzbuch in Konflikt gekommen war. Der Beamte begab sich auf den Hof und stellte den allein anwesenden Heinrich T. zur Rede. Als er nicht sagen wollte, wo er die Kartoffeln her habe, erklärte ihm der Beamte, ihn mit zur Wache nehmen zu müssen. Heinr. T. ging auch erst willig ein paar Schritte mit, rief dann aber plötzlich den Namen seines Bruders, der sich bisher versteckt gehalten hatte. Was jetzt kam, war das Werk eines Augenblicks.

Während Heinrich T. sich in der Hand des Beamten festbiß, erhielt der Beamten gleichzeitig von dem herbeigeeilten Bruder einen wuchtigen Schlag auf den Kopf, so daß er zu Boden taumelte. Gleichzeitig erhielt er aber auch zwei tiefe Messerstiche in den Kopf. Dann entriß Heinr. T. dem Beamten das Seitengewehr und reichte dies seinem Bruder mit den Worten: „Gib dem Hund den Rest! Schlag den Hund tot!"

S., der alles wie im Nebel um sich herumsah und hörte, aber nicht mehr die Kraft besaß, sich zu wehren, entging nur durch das Herbeieilen der inzwischen wach gewordenen Nachbarn dem sicheren Tode. Man brachte ihn schwer verletzt zum nächsten Krankenhaus, wo er außer den schweren Stich- und Bißwunden auch noch an einer schweren Gehirnerschütterung darniederlag.

Nur langsam genaß der Beamte und konnte heute, obwohl noch immer nicht arbeitsfähig, wieder vor Gericht erscheinen. Heinr. T. hatte, als er kurz danach festgenommen worden war, eingestanden, daß er dem Beamten die Messerstiche beigebracht hatte und war dann wegen der außerordentlich rohen Tat, obwohl er noch unbestraft war, zu einer Gefängnisstrafe von einem Jahr verurteilt worden, während sein Bruder Hermann flüchtig wurde.

Gestern stand Heinr. T. vor der Duisburger Strafkammer. Unter Weinen erklärte er dem Gericht, daß nicht er, sondern sein Bruder gestochen haben müsse. Dieser habe ihn gebeten, da er, Hermann, bereits so viel vorbestraft sei, die Tat auf sich zu nehmen. Er sei überhaupt durch seinen Bruder schlecht gemacht worden und wolle sich bessern. Auch sei er angetrunken gewesen und wisse selbst nicht, was er getan habe.

Das Gericht aber ließ seine Einwände nicht gelten und war der Ansicht, daß es gleich sei, ob er gestochen habe oder sein Bruder. Es stehe einwandfrei fest, daß er die Tat gewollt habe, was durch die Zurufe, „schlage den Hund tot" und „gib ihm den Rest" deutlich hervorgehe. Außerdem habe er den Beamten gebissen und geschlagen. Wenn nicht Leute gekommen wären, lebte der Beamte heute nicht mehr. Dieser habe nur seine Pflicht getan, und man habe ihn dafür in der rohesten Weise mißhandelt. Es sei unbedingt notwendig, daß die Beamten geschützt würden und die vom Vorderrichter ergangene Strafe sei als angemessene Sühne zu betrachten. Die vom Angeklagten gewünschte Bewährungsfrist wurde abgeschlagen, nur die Untersuchungshaft soll ihm in Anrechnung gebracht werden.

Der Optimist hat gut trösten



Die Wirtschaft der ganzen Welt ist jetzt gleichsam ins Stocken geraten. Industrie, Handel und Verkehr liegen darnieder und warten voller Spannung auf die Wiederkehr einer Konjunkturwelle und auf den allmählichen Abzug der Depression.

Der Optimist: „Macht euch inzwischen nur fertig! Schließlich muß es ja einmal weitergehen!"

Kindergottesdienstlehrgang

für den Regierungsbezirk Münster.

gb Der Lehrgang findet am 10. und 11. Oktober in Gladbeck statt und wird am Samstag um 3.30 Uhr im Vestischen Hof eröffnet. Danach Kaffeetrinken. Pfarrer Delius spricht über Gruppenunterweisung, Rektor Scheidt über das Thema: „Wie gestalte ich meine Unterweisung so, daß der Leitgedanke erreicht wird?" Nach dem Abendessen ist freie Aussprache über praktische Fragen.

Für den Sonntag ist folgendes vorgesehen:

Im Hauptgottesdienst predigt Pfr. Dicke (Münster). Nach dem Kaffeetrinken, das um 3.30 Uhr beginnt, spricht Edith Rabenhorst über: „Meine Vorbereitung auf die Besprechung mit der Gruppe". Von 5 bis 6 Uhr ist ein gemeinsamer Spaziergang. Um 6 Uhr spricht Martha Löscher über: „Meine Fühlung mit der Gruppe außerhalb des Kindergottesdienstes". Nach dem Abendessen hält die Andacht Pfarrer Pohlmann (Herten).

Die Gemeindemitglieder, besonders solche, die sich für das Helferamt im Kindergottesdienst interessieren, sind herzlich eingeladen, an den Vorträgen teilzunehmen.

Ein fünfjähriger Messerheld

Oberhausen, 7. Oktober.

***s Der in der Mellinghoverstraße wohnende achtjährige Bernhard P., der mit seiner Mutter auf dem südlichen Promenadenweg am Rhein-Herne-Kanal spazieren ging, wurde angeblich ohne Grund von einem fünfjährigen Heinz R. angefallen und durch einen Stich mit einem alten Taschenmesser über dem rechten Auge verletzt. Der Verletzte erhielt eine etwa 3 cm tiefe Wunde. Vermutlich wurde der Fünfjährige von einem achtjährigen Hans K., der sich in seiner Nähe befand, zu der Tat angestiftet, denn dieser K. rief, als der Verletzte davonlief, dem Messerhelden zu: „Halt ihn fest, der muß noch mehr haben!"**

Schmeling will plaudern

beim Box-Großkampftag in Dortmund.

Zahlreiche Ehrungen des Weltmeisters vorgesehen.

Wir bringen nachstehend die Reihenfolge der Kämpfe des von der Westfalenhalle am Sonntag, dem 11. Oktober veranstalteten Vorkampftages. Pünktlich um 6 Uhr beginnt die Veranstaltung mit einer großen Schmeling-Ehrung durch die Gruppe Niederrhein und Westfalen des Verbandes Deutscher Faustkämpfer, ferner durch den Westfälisch-Hessischen Boxverband; die Stadt Dortmund überreicht „Das Buch der Stadt Dortmund"; von der Westfalenhalle erhält Schmeling als Sinnbild des Industriereviers eine prachtvolle Bronze von Prof. Reusch, einen Bergmann darstellend. Auch die drei Europameister Hein Müller, Hein Domgörgen, Ernst Pistulla; Letzterer mit seinem Manager Hans Breitensträter, sind persönlich anwesend. Mitglieder und Intendanz des Dortmunder Stadttheaters beteiligen sich mit einer besonderen Ueberraschung und Ehrung.

Weltmeister Schmeling hat einen goldenen Siegerkranz für den nunmehr am 3. Januar 1932 in der Westfalenhalle stattfindenden Länderkampf Deutschland—Dänemark gestiftet, den er dem Vertreter des Amateurverbandes im Ring überreichen wird; ebenso wird er dem Sieger aus dem Meisterschaftskampf Dübbers-Czirson einen goldenen Siegerkranz mit Widmung persönlich im Ring überreichen. Der Weltmeister hat im Uebrigen zugesagt, daß er den Besuchern etwas aus seinen amerikanischen Erfahrunaen und über seine weiteren Absichten erzählen wird.

Die Abwicklung des Programms geschieht dann wie folgt:

1. Paul Wallner, Düsseldorf, gegen Ernst Weiher, Krefeld (6 Runden, 6 Unzen-Handschuhe, weiche Bandagen);

2. Erich Seelig, Berlin, gegen Franz Krüppel, Krefeld. Offizielle Ausscheidung um Hein Domgörgens Titel mit verschärften Kampfbedingungen. (8 Runden, 5 Unzen-Handschuhe, weiche Bandagen);

3. Hans Wieser, Bochum, gegen Conrad Stein, München (8 Runden, 6 Unzen-Handschuhe, weiche Bandagen);

4. Deutsche Leichtgewichtmeisterschaft: Franz Dübbers, Köln, Deutscher Meister, gegen Paul Czirson, Berlin (12 Runden, 5 Unzen-Handschuhe, weiche Bandagen;

5. Camille De Smedt, Belgien, gegen Gustav Eder, Dortmund, Deutscher Meister im Weltergewicht (8 Runden, 5 Unzen-Handschuhe, weiche Bandagen.

Pferdesport

Die Dortmunder Oktober-Rennen.

*a Die nächsten Renntage auf der Wambeler Bahn finden am 11. und 14. Oktober statt. Das Programm weist wieder eine interessante Folge auf und ist ausgestattet mit 28 100 Mark Geld- und Ehrenpreisen. Es werden gelaufen 9 Flach- und 4 Hindernisrennen; unter letzteren findet sich das Verlosungs-Jagdrennen, für das wieder 4 Gewinne für das Publikum ausgesetzt sind, und das als ersten Gewinn ein Rennpferd vorsieht. Der Preis des Loses ist auf 30 Pfg. ermäßigt. Die Hauptnummer des Meetings bildet das Aug. Klönne-Erinnerungsrennen, ein Ausgleich 2 für 3j. u. ältere inl. Pferde über 1600 m, ausgestattet mit einem Ehrenpreis und 3500 Mark. Die Rennen beginnen am Sonntag um 2 Uhr und am Mittwoch um 2.30 Uhr.

3 Pfg kostet die für eine Mahlzeit benötigte Menge Kufeke für ein Kind bis zum 6. Monat. Es ist auch das Beste für dein Kind

Urteil im Hamborner Grubenunglücks-Prozeß.

Mußte man den Einbruch des Wassers voraussehen?

g **Bekanntlich** hatten sich vor acht Tagen die Steiger B., H. und Sch. von Schacht 4/8 Friedrich Thyssen vor der großen Strafkammer in Duisburg zu verantworten, weil sie gegen die Berggesetze verstoßen, die nötige Obacht außer acht gelassen und dadurch einen Wassereinbruch verschuldet haben sollten, der zum Tode zweier Bergknappen führte. Vor allem wurde den Angeklagten vorgeworfen, daß sie an der angefahrenen Stelle sog. Standwasser hätten vermuten und daher besonders vorsichtig sein müssen.

Das Urteil

wurde gestern verkündet und lautete:

> Das angefochtene Urteil des Hamborner Schöffengerichts wird aufgehoben. Soweit dadurch die Angeklagten von der Anschuldigung der Zuwiderhandlung gegen bergpolizeiliche Vorschriften freigesprochen sind, wird das Verfahren auf Kosten der Staatskasse eingestellt. Im übrigen wird die Berufung auf Kosten der Staatskasse verworfen.

Die Angeklagten sind also von der Anklage der fahrlässigen Tötung der beiden Bergknappen freigesprochen, während wegen Vergehen gegen die bergpolizeilichen Bestimmungen bereits Verjährung eingetreten war. Die Begründung des Urteils, die von Landgerichtsdirektor Feller gegeben wurde, enthält wichtige Feststellungen, die jeden Bergmann interessieren dürften. Daher seien daraus folgende Ausführungen herausgegriffen:

Es erscheint klar, daß als Standwasser nicht Wasser gelten kann, das von einem dichten Bergeversatz, wenn auch in einer erheblichen Menge gehalten wird. Vielmehr kann als Standwasser im Sinne der bergpolizeilichen Vorschriften, wie aus deren Zweck entnommen werden muß, nur ein solches Wasser angesehen werden, das in einem Hohlraum in solcher Form und Menge sich befindet, daß es im Falle eines schnellen Abflusses zu einer Gefahr für Leben und Gesundheit der in dem Bergwerk beschäftigten Personen werden kann.

Einen solchen Charakter hatte freilich das in dem vorliegenden Falle durchgebrochene Wasser gehabt, doch hat das Gericht sich nicht davon überzeugen können, daß die Angeklagten nach den gegebenen Umständen vermuten oder auch nur damit rechnen konnten, daß an der fraglichen Stelle solche Wasser vorhanden waren. Daß sie vorhanden waren, hatte seinen Grund vor allem darin,

daß die angefahrenen alten Abhauen und die damit in Verbindung stehende alte Strecke nicht versetzt war.

Wären sie versetzt gewesen, so wäre ein gefährlicher Wasserdurchbruch nicht erfolgt. Mit dem Nichtversetztsein dieser alten Grubenteile brauchten die Angeklagten unter den gegebenen Umständen aber nicht zu rechnen. An dieser Stelle ist in den Jahren 1916 und 17 abgebaut worden, zu einer Zeit, als gemäß einer bergpolizeilichen Verordnung vom 21. 7. 1915 jeder Hohlraum, auch nicht mehr benutzte Strecken und Abhauen mit Bergeversatz gefüllt werden mußten, was den Angeklagten als alten erfahrenen Bergleuten bekannt gewesen sein wird. Und in der Tat waren nach den Bekundungen des Ortsältesten F. vorher die entsprechenden Strecken am Rande des alten Abbaues, die aus den Jahren 1911 bis 13 stammten, stets versetzt gewesen. Angesichts dieser Tatsache brauchten sie nicht damit zu rechnen, daß hinter dem stehen gebliebenen Kohlenstoß die alten Abhauen und die alten Strecken nicht versetzt waren.

Den Angeklagten war daher ein Verstoß gegen § 22, dem Angeklagten B. ein Verstoß gegen die §§ 321, 323 a. a. O. nicht nachzuweisen. Wegen eines Verstoßes gegen die unter dem 18. 7. 22 bekanntgegebene Verfügung konnte eine Bestrafung schon deswegen nicht erfolgen, weil diese Verfügung keine strafrechtliche Norm im Sinne des § 208 des Allg. Berggesetzes darstellt.

Diese Beurteilung in der Frage, ob die Angeklagten gegen die angeführten Vorschriften der Bergpolizeibehörde verstoßen haben, mußte ihre Freisprechung von der Anklage der fahrlässigen Tötung zur Folge haben, denn es war damit auch die Frage zu verneinen, ob die Angeklagten in einer für den Tod der beiden bei dem Wasserdurchbruch verunglückten Bergleute ursächlicherweise die Sorgfalt außer Acht gelassen haben, zu der sie nach den Umständen verpflichtet waren.

Statt Todesurteil — freigesprochen

Von der Anklage des Mordes freigesprochen.

Duisburg-Hamborn, 7. Oktober.

Vor dem Duisburger Schwurgericht hatte sich der 42jährige holländische Staatsangehörige Schiffskapitän Friedrich Rath aus Duisburg wegen Mordes zu verantworten.

Am 10. Januar d. J. war in den Hafenanlagen in Ruhrort die Ehefrau Friedrich Rath als Leiche geborgen worden. Der Angeklagte, der unter dem Verdacht, seine Frau getötet zu haben, verhaftet wurde, gab an, seine Frau sei bei einem Besuch auf dem Schiffe ertrunken. Die Anklage warf ihm vor, seine Ehefrau am 9. Januar an Bord gelockt und über die Reeling geworfen zu haben, da sie sich weigerte, sich von ihrem Manne scheiden zu lassen.

Der Staatsanwalt beantragte die Todesstrafe gegen Rath. Es ist dies das erstemal seit 1913, daß beim Duisburger Schwurgericht die Todesstrafe beantragt wurde. Das Gericht war sich jedoch über die Schuld des Angeklagten nicht einig und sprach ihn aus Mangel an Beweisen frei. Der Haftbefehl gegen Rath wurde sofort aufgehoben.

---

pr. Immer wieder der Fall Kosten. Wie die Polizei mitteilt, sind alle bisher eingegangenen Meldungen, daß die in Bochum-Laer an der Werner Grenze lagernden Zigeuner den vermißten Schüler Kosten aus Essen mit sich führen, unzutreffend. Die Zigeuner hatten zwar eine Reihe von Kindern bei sich, jedoch gehören diese den Zigeunerfamilien. Die Mutter des vermißten Knaben war selbst an Ort und Stelle und überzeugte sich, daß ihr Sohn sich nicht unter den Zigeunerknaben befand. Die Wohnwagen wurden von der Kriminal- und Schutzpolizei gründlich durchsucht.

Will man sich in Erinnerung bringen?

Oberbürgermeister Dr. Bracht dementiert Gerüchte über politische Kombinationen.

Essen, 7. Oktober.

Der Essener Oberbürgermeister Dr. Bracht übergibt der Presse folgendes Dementi über angebliche aufgetauchte Gerüchte (scheinbar nur in Essen! Die Red.), wonach er für einen Ministerposten bei der Regierungsneubildung in Frage käme. Dr. Bracht sagt:

„Ich verstehe nicht, daß man bei jeder möglichen oder unmöglichen Gelegenheit mich als Kandidaten benennt, zumal doch die Erfahrungen, die man mit den Oberbürgermeistern in der Politik gemacht hat, zum mindesten unterschiedliche sind.

Jedenfalls halte ich derartige Meldungen für vollkommen gegenstandslos und vermute, daß es nicht gerade meine Freunde sind, die derartige Nachrichten in die Oeffentlichkeit lancieren. Die Presse, die derartiges bringt, ist sich offenbar nicht darüber klar, daß sie durch diesen Hinweis auf einen Provinzbürgermeister, der sich seit sieben Jahren bewußt und gewollt jeder politischen Tätigkeit fernhält, der deutschen Politik ein Armutszeugnis ausstellt."

„Mäusebeinchen im Gulasch".

Ein mißglückter Schwindlertrick.

Düsseldorf, 7. Oktober.

In einem größeren Restaurant erschien am Dienstagabend ein Gast und bestellte u. a. eine Portion Gulasch. Als das Essen serviert war, „fand" der Gast in dem Gulasch ein ganzes Mäusebeinchen. Mit Entrüstung legte er Beschwerde beim Kellner ein. Der Besitzer war über den Vorfall recht erstaunt und versicherte, daß ihm die Sache unglaublich sei. Der Gast nahm noch Gelegenheit, sich von den äußerst sauberen Küchen- und Kühlräumen des Restaurants zu überzeugen. Schließlich gab er zu verstehen, daß im Interesse des Ansehens des Restaurants er Stillschweigen bewahren wolle, wenn man ihm ein Schweigegeld bewilligen würde.

Jetzt mußte der sonderbare Fund des Gastes zu Bedenken Anlaß geben. Zwei Kriminalbeamte begaben sich den Beschwerdeführer etwas genauer und fanden bei eingehender Leibesvisitation zwar keinerlei Barmittel vor, aber im Anzug gut verborgen und fein säuberlich in Papier gewickelt noch ein unversehrtes Mäuseschwänzchen. Zweifellos wollte der Festgenommene das Mäuseschwänzchen zu einem gleichen Schwindelmanöver benutzen. Er ist österreichischer Staatsangehöriger, und wegen begangener anderer Straftaten ist ihm bereits der Aufenthalt in Deutschland verboten worden.

Wie lange halten Dauerwellen?

Eine salomonische Entscheidung.

Wuppertal, 7. Oktober.

Vor einer Zivilkammer des Elberfelder Landgerichts wurde jetzt ein Kampf um die Behauptung eines Wuppertaler Friseurs beendet. Dieser hatte in Zeitungsinseraten angekündigt, daß er sieben Monate Garantie für die bei ihm angefertigten Dauerwellen übernehme. Die Konkurrenz lief zum Kadi, und die Friseurinnung erwirkte eine einstweilige Verfügung, nach der dem inserierenden Friseurgeschäft untersagt wurde, weiter Garantie für eine siebenmonatige Haltbarkeit seiner Dauerwellen zu übernehmen.

Ueber den gegen diese einstweilige Verfügung eingelegten Protest wurde nun verhandelt. Das Gericht ließ die Gelegenheit zu einer salomonischen Entscheidung nicht vorübergehen. Es entschied klipp und klar, daß die einstweilige Verfügung aufrechterhalten bleibe, weil maßgebende Sachverständige der Ansicht seien, die Haltbarkeit von Dauerwellen sei auch abhängig von der Gesundheit der dauergewellten Damen und der Beschaffenheit ihres Haares. Nicht allein die mehr oder weniger große Kunstfertigkeit des Friseurs sei es, die die Haltbarkeit dieser schönsten Zierde eines Damenkopfes begründe — für die anderen Momente aber könne der Haarkünstler keine Garantie über eine derartig lange Frist übernehmen. Und da, wie gesagt, die Sachlage geradezu zu einem salomonischen Urteil drängte, fügten die Richter ihrem Spruch noch einen kleinen Vergleich bei, indem sie ausführten, daß auch die Garantie einer Uhr in erster Linien so verstanden sei, daß sie während der Garantiezeit laufe — nicht aber, daß man sie in dieser Zeit reparieren lassen könne. Und da das so sei, nützte es dem armen Haarpfleger auch nichts, daß er sich bereit erklärt habe, bereits vor Ablauf der Garantiezeit entschwundene Dauerwellen neu zu formen.

Skandal um ein Bestrahlungsinstitut.

Eine Schwindlerin entlarvt.

Köln, 7. Oktober.

Eine Frau Arnold, die eine ganze Reihe von Bestrahlungsinstituten besaß, hat eine Anzahl Angestellte um ihre Kaution betrogen, die sie stellten, um bei Frau Arnold Arbeit zu bekommen. Insgesamt erhielt Frau Arnold etwa 6000 Mark Kaution, die sie mündelsicher anlegen sollte, jedoch in ihre eigene Tasche steckte. Für 2500 Mark kaufte sie Möbel auf Kredit, die sie dann zu einem Spottpreis verschleuderte. Weiter sind zahlreiche Patienten geschädigt, die ihre Behandlungskosten monatlich im voraus bezahlen mußten.

Die Institute der Frau Arnold wurden um die Mitte des vergangenen Monats geschlossen.

Barometer der Wirtschaft

Die Arbeiterschaft will selbst kündiger

Die drei Gewerkschaften haben einstimmig beschlossen, der Arbeiterschaft vorzuschlagen, die Forderungen des Märkischen Arbeitgeberverbandes auf einen 15prozentigen Lohnabbau abzulehnen und selbst zu kündigen. In Wetter fanden Belegschaftsversammlungen der Demag und der übrigen Werke statt, in denen einstimmig beschlossen wurde, der Parole der Gewerkschaften zu folgen und die Kündigung auszusprechen. Auf dem Stahlwerke Mark in Wengern fand eine Zettelabstimmung statt. Nur zehn Leute stimmten für die Annahme des 15prozentigen Abzuges, während 192 Mann sich für die Ablehnung aussprachen.

---

pr. Ungetreuer städtischer Angestellter. Ein Büroangestellter des Städtischen Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerkes in Gelsenkirchen hat sich eine Unterschlagung zuschulden kommen lassen. Die Verfehlung wurde bei einer der von Zeit zu Zeit stattfindenden Abstimmungen der Bücher gefunden. Es handelt sich um 1300 Mark. Der Täter ist geständig. Es erfolgte fristlose Entlassung und Stellung eines Antrages auf Strafverfolgung.

pr. Vermißter Bankier als Leiche gelandet. Die Leiche des seit dem 28. September vermißten Düsseldorfer Bankiers Emil Schüler konnte zwischen Tiel und Echteld aus der Waal geborgen werden. Damit bestätigt sich die Annahme, daß Schüler freiwillig aus dem Leben geschieden ist.

pr. Wer will ein Bergwerk? Bergwerke sind am Rhein wohlfeil. Die Dachschiefergruben sind fast alle unter den Hammer gekommen. Wie schlecht die Lage ist, ist daraus zu ersehen, daß kein Bergwerk an den Mann gebracht werden kann. So sollten jetzt das Bergwerk „Eigentum" und die Gewerkschaft „Blücher" in Caub und die Bergwerke Kreuzau, Kreuzberg und Wilhelmsberg zwangsweise versteigert werden. Sämtliche Gruben liegen in der Nähe von St. Goarshausen und Caub und haben eine Feldgröße von 373 474 bzw. 3,906 Millionen qm. Die Versteigerung mußte aber abgesetzt werden, weil sich nicht ein Interessent eingefunden hatte.

pr. Zugunfall im Düsseldorfer Hauptbahnhof. Am Dienstag abend gegen 6,15 Uhr fuhr im Düsseldorfer Hauptbahnhof die für den Personenzug 3176 nach Krefeld bestimmte Lokomotive beim Zurücksetzen so stark an den aus zwei Wagen bestehenden abgebremsten Wagenzug heran, daß dieser etwa 2 Meter verschoben wurde. Dabei wurde ein mit dem Anbringen der Zugschlußlaterne beschäftigter Schaffner aus Krefeld verletzt. Von den Reisenden im Zug erlitt einer Hautabschürfungen und zwei klagten über Kopfschmerzen, sie konnten jedoch alle 3 die Reise fortsetzen. Der Personenzug erlitt 30 Minuten Verspätung.

pr. Leiche ohne Kopf gelandet. Von einem Fährmann wurde an der Insel Pfalz bei Caub die Leiche eines etwa 15 Jahre alten Jungen gelandet, die schon längere Zeit im Wasser gelegen haben dürfte. Der Leiche war der Kopf vom Rumpfe getrennt. Man vermutet, daß der Kopf durch die Schraube eines Dampfers weggerissen wurde.

pr. Arbeiterentlassungen wegen Streikbeteiligung. Die Verwaltung der Zeche Radbod hat 150 Bergarbeiter, die in den letzten Tagen bei dem Streik gefeiert haben, fristlos entlassen. In der Hauptsache handelt es sich bei den Entlassenen um jüngere Leute ohne Familie.

pr. Raubüberfall in einem Geschäft. Am Mittwochmorgen drangen mehrere Männer in ein Kurzwarengeschäft in Köln auf der Severinstraße ein. Sie schlugen den Verkäufer mit einer Eisenstange über den Kopf und raubten größere Mengen Kleidungsstücke und Waren. Zwischen den Räubern und den Ueberfallenen hat sich ein schwerer Kampf abgespielt. Als Nachbarn ins Geschäft kamen, lag der Verkäufer mit schweren Hieb- und Stichverletzungen am Boden. Von den Tätern fehlt noch jede Spur.

Wie wird's Wetter?

Fortdauer der unbeständigen Witterung.

Die ersten Störungen des großen isländischen Tiefdruckgebietes erreichten Westdeutschland und brachten zunehmende Bewölkung und zeitweise lebhafte Regenfälle. Der Kern des umfangreichen Tiefdrucksystems liegt zwischen Island und der norwegischen Küste und wird sich weiter ostwärts bewegen. Auf seiner Rückseite dringt Kaltluft subpolaren Ursprungs nach Süden vor und hat bereits schon Schottland und Irland überflutet; die Temperaturen sind dort bis auf 6 Grad zurückgegangen. Beim Zusammentreffen der Kaltluft mit der maritimen Warmluft werden sich einzelne kleine Randstörungen ausbilden, die das Wetter weiterhin unbeständig gestalten werden.

„Deutsche Langstreckler von Weltklasse."

Syring und Schaumburg ...

in skandinavischer Kritik. — Syring wird als aussichtsreicher Olympiaanwärter für die 5000 Meter angesprochen.

Die hervorragenden Fortschritte der beiden derzeitig besten deutschen Langstreckenläufer Syring-Wittenberg und Schaumburg-Oberhausen haben in der skandinavischen Presse hohes Lob gefunden. Das ist verständlich, weil man gerade in jenen Ländern guten Langstreckenleistungen von jeher besonderes Interesse schenkt, da man hier traditionsgemäß über zahlreiche große Vertreter in diesen Wettbewerben verfügt. Man bringt also mit anderen Worten überragenden Laufleistungen auf diesem Gebiet ein besonderes Verständnis entgegen.

In der schwedischen Presse liest man über die beiden deutschen Läufer, daß sie Deutschlands erste Langstreckler von wahrhaft internationalem Format sind. Die Zeiten sind vorbei, wo Deutschland auf diesem Sportgebiet nicht ganz konkurrenzfähig war. Vermochte Deutschland auf der 5000-Meter-Strecke bisher keinen Vertreter zu stellen, der unter 15 Min. kam, so ist dies jetzt mit einem Schlage anders, denn Syring und Schaumburg bewiesen in ihren Rennen gegen Nurmi, daß sie durchaus hierzu imstande sind." Syrings Leistungsfähigkeit wird anhand seiner famosen Zeit von 14:49.6 Min. und unter Berücksichtigung der Tatsache, daß er Nurmi gehörig zusetzte, in der skandinavischen Presse sogar als aussichtsreicher Olympiaanwärter für diese Distanz angesehen, der neben dem Polen Kusocinski Aussichten haben soll, die bisherige Vorherrschaft der Finnen auf dieser Strecke zu unterbrechen.

Sport-Allerlei

Was mich in letzter Zeit etwas stutzig macht, sind die Ausschreitungen, die hie und da bei den Meisterschaftsspielen zutage treten. Nicht, daß nur Spieler sich in ganz ungehöriger Weise vergehen, nein, auch die Schiedsrichter läßt man nicht mehr in Ruhe. Nun haben wir ja Instanzen, die sich auch mit solchen Vorfällen befassen müssen, aber meistens läßt man die Karre laufen, ohne dabei zu bedenken, daß eines Tages ein Ende mit Schrecken kommt. Ich kann doch nicht gut hingehen und den betreffenden Instanzen einen eisernen Besen in die Hand drücken, damit mal gründlich aufgeräumt wird. Aber wenn nicht in aller Kürze strengstens vorgegangen wird, dann haben auch wir Zustände, die sich von denen in Budapest, wo man Dr. Bauwens lynchen wollte, in keiner Weise mehr unterscheiden. Diese „Sauerei", anders kann man die Vorkommnisse in der ungarischen Hauptstadt gar nicht bezeichnen, wird wohl auch hoffentlich die Fifa einmal beschäftigen, die sowieso nicht viel zu tun hat und froh sein wird, nach langer Zeit wieder einmal einen Punkt für ihre Tagesordnung zu haben. Ich bin wirklich gespannt, was dabei herauskommt, denn letzten Endes wird sich der deutsche Schiedsrichter Dr Bauwens nicht gefallen lassen, daß man ihm während des Spieles eine Ohrfeige gibt, daß nach Schluß des Spieles weitere Tätlichkeiten gegen ihn unternommen wurden und die ungarische Polizei trotz des blankgezogenen Säbels gar nicht in der Lage war, den Kölner Schiedsrichter voll und ganz zu schützen. Wir haben es wirklich schon sehr weit gebracht im Fußballsport; viel dicker wirds kaum noch gehen.

Der FC. Schalke 04 macht ja wieder einige nette „Seitensprünge". Nimmt letzten Sonntag eine Reservemannschaft, schickt sie an Stelle der ersten Elf nach Rotthausen ... und verliert natürlich prompt 0:3. Erstens haben nun die Schalker zwei Punkte eingebüßt, zweitens ärgern sich die Vereine mächtig, daß ihnen nur die Reserve-Elf geschickt wird ... und sie nun nicht die erwarteten Einnahmen haben, und drittens und letztens wird sich nun auch der WSV. mit dieser Angelegenheit befassen ... wurde wenigstens erzählt. Sogar Kuzorra sollte zur Strafe wegen des Experimentes in Rotthausen aus der WSV-Mannschaft genommen werden. Geht man nun der Sache auf den Grund, dann kommt nichts anderes dabei heraus, als die üblichen Latr ... nparolen. Im übrigen soll keiner die Schalker für so dumm halten, als, daß sie nicht wüßten, was sie zu tun hätten; die sind nämlich durch ihre damalige Angelegenheit ziemlich kuriert worden. Nachdem nun Sonntagnachmittag der kalte Schlag, der Verlust der beiden Punkte durch das Spiel der Reservemannschaft selbst dem Vorstand der Schalker an die Nieren ging, nachdem man inzwischen erfahren hatte, daß man wegen persönlicher Differenzen mit den Rotthausenern die erste Mannschaft zu Hause gelassen hatte, kommt der FC. Schalke 04 jetzt mit einer Erklärung heraus, die allen Gerüchten den Boden entzieht denn es heißt da wörtlich:

> **„Am Sonntagabend fand im Vereinslokal des FC. Schalke 04 eine gemeinsame Sitzung des SV. Rotthausen 1912 und des SC. Schalke 04 statt. Das Ergebnis dieser Sitzung war folgendes:**
>
> **Die Einstellung von Schalke 04 dem SV. Rotthausen gegenüber beruht auf der unrichtigen Information eines Vorstandsmitgliedes von Schalke 04. Die sich daraus ergebende Handlungsweise war also falsch und muß bedauert werden. Durch die Sitzung wurde zwischen beiden Vereinen das vollste Einvernehmen erzielt, das seinen Ausdruck in einem Freundschaftsspiel finden wird. Die Austragung dieses Spieles ist abhängig von einem freien Termin der beiderseitigen Vereine. Dieses der Oeffentlichkeit zur Kenntnis und Beruhigung. Schalke 04 denkt niemals daran, seine Spielstärke zu benutzen, um schwächere Vereine zu schädigen, sondern macht sich eine Ehre daraus, zu seinem Teil, soweit es ihm möglich ist, auch der Weiterentwicklung des Sportes damit zu dienen, daß er die Vereine, und gerade solche, die in Not sind, durch Freundschaftsspiele finanziell unterstützt und fördert. Alle anderen Vermutungen sind falsch und werden durch die Praxis der letzten Zeit deutlich widerlegt.**
>
> **FC. Schalke 04."**

✦

Sonntag wird Max Schmeling als Gast in der Westfalenhalle sein, er will sogar dem anwesenden Publikum etwas von sich und seiner Zukunft erzählen. Man wird gespannt sein, ob Max mit seinem Mundwerk nun ebenso tüchtig ist, als mit seinen Fäusten, die mit Millionen versichert sein dürften.

✦

Sonst ist ja zur Zeit nicht viel los; die Zeiten werden immer mieser. Los Angeles soll sogar auch eine Pleite werden, die reichen Holländer wollen zu Hause bleiben, der DFB.-Bundestag am Samstag und Sonntag wird in Bonn wird wenig Aufregendes bringen, es verlohnt sich also nicht noch mehr heute zu schreiben, so daß ich mich mit den besten Grüßen bis zum nächsten Male empfehle. Aus!

Fliegerwilly.

Vor wichtigen Entscheidungen

Die letzte Jagd um das Gold

Während jetzt zur Mittagszeit diese Zeilen zu Papier gebracht werden, weiß niemand, wie die Welt am Abend aussieht. Die Dinge überstürzen sich derartig, daß es dem Chronisten schwer fällt, nicht nur mit den Ereignissen Schritt zu halten, sondern hinter den einzelnen Maßnahmen und Erscheinungen die Generallinie der Entwicklung sofort zu überschauen. Was registriert nicht alles an einem Tage im Handelsteil die Welt an Zusammenbrüchen und Verwirrungen! In Westamerika brechen die Banken jetzt kolonnenweise in Zehnerreihen zusammen. Aus Nordindien meldet der Draht den Zusammenbruch einer großen Bank, in Deutschland Bankschließungen. „Litauen erhöht den Diskont." „Verschärfung der Devisenordnung in der Tschechoslowakei", „Uruguay verbietet Goldüberweisungen ins Ausland", „Wirtschaftskonferenz der südamerikanischen Pazifikstaaten", „Auslandshilfe für die Bank von Finnland", „Präsident Mendelssohn beruft Sonderausschuß der internationalen Handelskammer ein", „Große Unsicherheit am Devisenmarkt", „Noch ein Großbankkrach in Kopenhagen", „Neue große Goldverluste Amerikas" — so lauten die Ueberschriften, die ein gewaltiges Drama eines einzigen Tages umfassen.

Die Turbulenz in der Welt überschlägt sich geradezu, so daß ein einziger Sturm genügt, das ganze Kartenhaus der letzten privatkapitalistischen Illusionen mit einem Schlage wegzublasen.

Die Goldabflüsse aus Amerika zerrütten das letzte Vertrauen in der Welt; in weitgehendem Maße haben die europäischen Notenbanken ihre Dollarakzepte abgestoßen. Die Welt beginnt Gold zu hamstern. Die Schweiz hat 860 Millionen in drei Monaten gesammelt; die Umwandlung der Devisen in Gold erklärt die Schwächen der fremden Valuten, namentlich des Dollar. Seit dem schwarzen 21. September hat Amerika rund 1,6 Milliarden Mark an Gold an das Ausland abgeben müssen. Das Mißtrauen schüttelt den französischen Sparer; er hamstert — da Frankreich keine Goldmünzen in Umlauf hat — fremde Goldmünzen, mißtraut selbst den Noten der Bank von Frankreich und sucht sie in Goldbarren umzutauschen. Die Frankf. Ztg. meldet, daß trotz aller Schutzmaßnahmen täglich einige Millionen Francs in Goldbarren abgezogen werden, und die Großbanken beginnen, sich Goldvorräte anzulegen, um dem Verlangen ihrer Kundschaft nach Auszahlung in Gold entsprechen zu können. Aus den Tresors der Banken flüchtet das Gold in die Sparstrümpfe. Die Panik nähert sich ihrem Höhepunkt.

Vom Hintergrunde all dieser Einzelerscheinungen hebt sich ab

der gigantische Kampf zwischen Frankreich und Amerika um die Vorherrschaft des Goldbesitzes; die beiden Goldmächte schicken sich zur letzten Kraftprobe an.

Wer soll die Thronfolge des gestürzten Pfundes im Handel der Welt antreten?

Hoover kämpft gleichzeitig um die Existenz der amerikanischen Wirtschaft überhaupt; Hooverewigkeit in der Reparationsfrage und Streichung der interalliierten Kriegsschulden sind keine Heilmittel mehr; die Stimmen in Amerika, die eine gründliche Abkehr vom europäischen Trümmerfeld verlangen, mehren sich — wie bereits schon gemeldet — unaufhörlich; wir würden uns nicht wundern, wenn die Vereinigten Staaten sich nur noch auf die Rettung des eigenen einstürzenden Kartenhauses beschränken würden!

Niemand in der kapitalistischen Welt darf sich wundern, wenn Amerika in seiner jugendlichen Tatkraft über Nacht zu neuen Formen des Kapitalismus sich durchringt.

Der letzte gigantische Versuch

Im großen Trubel dürfen wir den Blick nicht von dem eigenen Barometer wenden. Der englische Außenminister Lord Reading eilt zu seinen französischen Kollegen; und schon melden die französische und englische Presse, daß die Unterhaltungen sich vor allem um die wirtschaftliche Lage Deutschlands drehen werden. Die Situation hat sich im Herzen Europas derartig zugespitzt, daß die Engländer die Sorge im eigenen Hause für einige Tage zurückstellen. Die „Voss. Ztg." meldet in Fettdruck, daß die Situation bei der Reichsbank sich noch nicht entscheidend geändert hat.

Alle Spielregeln des Kapitalismus sind zerschlagen.

Eigentlich müßte die Reichsbank bei der niedrigen Deckungsgrenze den Diskontsatz erhöhen; aber sie kann diese eigenen Schutzmaßnahmen nicht in Wirkung treten lassen, da sie dann die letzten Reste der deutschen Wirtschaft abwürgen würde. So sieht man ohnmächtig zu, wie „der Zahlungsmittelumlauf noch weiter zugenommen hat und wie die Wechselbestände der Reichsbank nach dem Ultimo weiter leicht zugenommen und gleichzeitig bei den Devisenbeständen eine weitere, allerdings viel langsamere Abnahme zu verzeichnen ist." (Voss. Ztg.). So langsam beginnt es auch im kapitalistischen Blätterwald zu dämmern; die „Deutsche Allg. Ztg." weist schon bei dem letzten Reichsbankausweis darauf hin, „wie ungeheuer groß bereits jetzt die Stützungstätigkeit der Reichsbank für die Gesamtwirtschaft ist". „Es muß stark unterstrichen werden, so heißt es,

daß die Stützungstätigkeit sich sichtbar einer Grenze nähert, die die Reichsbank im Interesse der Stabilität der Währung nicht überschreiten darf."

„Ein großer Teil der von der Reichsbank hereingenommenen Wechsel wäre in normalen Zeiten für das Reichsbankgeschäft nicht in Frage gekommen" — an dieses offene Wort wird die richtende Gerechtigkeit eines Tages einmal erinnert werden müssen.

Angelegentlich der deutsch-französischen Verhandlungen schrieben wir von den langen Gesichtern der Enttäuschung und wiesen auf kommende Ereignisse in der Elektroindustrie hin. Es ist jetzt kein Geheimnis mehr, daß die AEG langsam für das Aufgehen in einen andern Konzern sprucheif geworden ist. Der letzte Kurs im Freiverkehr von 37 Prozent besagt alles, und der allgewaltige Herr von Siemens rüstet sich, seine Hausmacht zu stärken; er fährt nach Amerika, da die General Electric Co. über ein großes Paket von AEG. verfügt; drüben wird über das Schicksal der AEG. gewürfelt und wahrscheinlich gleichzeitig auch über ein „Zusammenarbeiten" zwischen der amerikanischen und deutschen elektrotechnischen Industrie entschieden.

Gleichzeitig reisen nach Amerika außer dem gewaltigen Elektroherrn von Siemens noch Borsig, Fritz Thyssen und Cuno; sie werden das Gelände sondieren, da Monsieur Laval in Washington zu erwarten ist. Diese Reise stimmt nachdenklich, da hier die Fundamente gelegt werden sollen zu einer deutsch-französischen wirtschaftlichen „Zusammenarbeit", die dann ihre Region erweitern wird.

Der Monopolkapitalismus schickt sich an zu einer Zusammenfassung auf höherer Ebene.

Eine Gefahr, der wir schon oft Ausdruck gegeben haben. Diese Angelegenheit wird uns in der Sonntagnummer noch ausführlicher beschäftigen.

Heute aber haben wir einige Fragen an die nationalen Kreise zu richten, die am 20. Mai 1915 ein vertrauliches Schreiben an den Kanzler sandten, in dem es heißt: „Mit dem Erwerb der Maaslinie und der französischen Kanalküste wäre, außer dem erwähnten Erzgebiet von Briey, auch der Besitz der Kohlengebiete des Departements du Nord und des Pas de Calais gegeben", einige Fragen, die uns sehr am Herzen liegen: Ist bekannt, daß diese französisch-deutsche wirtschaftliche „Zusammenarbeit" nichts anderes bedeutet als die wirtschaftliche Untermauerung von Versailles? Ist bekannt, daß diese Zusammenarbeit mit der Sicherstellung der Profite deutschen Kapitals nichts anderes bedeutet als Aufopferung der letzten deutschen Selbständigkeit sowohl in wirtschaftlicher wie in politischer Hinsicht und damit ein Verrat am nationalen Gedankengut? Glaubt man wirklich, daß die Frontgeneration, die wohl Verständnis für den einzelnen Franzosen hat, aber ihr Bestes hergibt für eine Erhaltung deutscher politischer und wirtschaftlicher Selbständigkeit, daß diese Generation diesen Makel stillschweigend über sich ergehen lassen wird? Selbst wenn es dem Kapitalismus gelingen sollte, noch für einige Jahre die Verhältnisse zu stabilisieren, so wird diese Lösung niemals den eigentlichen Krisenherd beseitigen können; und am Ende dieses Versuches steht eine noch größere Katastrophe. Das ist der Frontgeneration unumstößliche Gewißheit, ebenso wie es unsere große Hoffnung ist, daß die wachsende Turbulenz in der Welt den Verhandlungen zuvor kommen wird; hoffentlich wird, bevor die Tinte auf solchen Dokumenten trocken geworden, die Welt der Tatsachen eine andere Sprache reden!

Wohin geht Brüning II?

Während die Katastrophe der Wirtschaft die Welt in Atem hält, ist die politische Krise in Deutschland aufgebrochen. Brüning I ist gestorben, Brüning II will auferstehen. Deutschland steht vor der absoluten Diktatur. Die Selbstverwaltung ist bereits in den Kommunen aufgehoben; die Oberbürgermeister können sich jetzt in der Rolle eines kleinen Mussolini gefallen, eine Rolle, um die sie niemand beneiden wird. Da Brüning sich auf die auseinander brechende Sozialdemokratie nicht mehr stützen kann, anderseits die nationale Opposition für ein Zusammenarbeiten ihre schweren Bedingungen stellen wird, dürfte unter Umständen der Kanzler zu einem überparteilichen Kabinett greifen, und unter weitgehendster Ausschaltung der Parteien die Herrschaft eines Direktoriums stabilisieren wollen, das den grandiosen Versuch zur Restaurierung des Kapitalismus mutig anpacken wird.

Die Aussicht, eine parlamentarische Mehrheit zu gewinnen, wird von Tag zu Tag geringer. Wahrscheinlich wird der Reichstag freundlich am 13. Oktober die „Erklärung der Reichsregierung" entgegenehmen dürfen, und aus der historischen roten Mappe kommt ein Dokument ans Tageslicht, das auf Grund des § 48 den Reichstag nach Hause schickt. Welche Namen das Kabinett bergen wird, können unsere Leser aus den Andeutungen an dieser Stelle und den letzten Meldungen schon erraten. Die Namen sind letztlich gleichgültig, da mit diesem Direktorium der neue Kanzler seinen Favoriten J. G. Farben-Schmitz noch mehr schützen kann.

In letzter Zeit haben sich um Brüning Dinge entwickelt, die man mit scharfer Beobachtung und sehr sorgenvoll verfolgen muß. Das Dreigestirn Brüning—Prälat Kaas—Schmitz (J. G. Farben) hat eine diktatorische Haltung selbst gegenüber den eigenen Ministern angenommen, so daß es verschiedentlich zu Differenzen geführt hat. Wer die Nachfolge der von Brüning abgewimmelten Minister anzutreten hat, muß in ein kabinisches Joch kriechen. Gegen eine diktatorische Gewalt wäre nichts einzuwenden, wenn wir nicht eine alte Geheimdiplomatie mit dem Monopolkapitalismus unter der Devise der „Verständigung" mit Frankreich zusammengehen sehen, eine Politik, die auf Grund historischer Erfahrungen in uns große Befürchtungen weckt. Seit dem vertraulichen Gespräch mit Laval sowohl in Paris wie in Berlin unter vier Augen ist eine Geheimdiplomatie erstanden, die in jedem Kenner Erinnerungen an vergangene Jahrhunderte wecken muß. Wir erwarten von diesem Bündnis keinen Segen für Deutschland und seine historische Mission.

Die neue Notverordnung sieht ein Reichsmonopol für Kreditversicherung vor; das Reich übernimmt das Risiko des deutschen Exports, da in Ermangelung ausreichender Rückversicherungsmöglichkeiten bei Privatgesellschaften das Reich als letzter Risikoträger für die Versicherung gegen Debitorenausfälle im Auslandsgeschäft einspringt. Dazu schreibt die Voss Ztg.: „Es braucht in diesem Zusammenhang nicht untersucht zu werden, ob ein Obligo des Staates in der Privatwirtschaft durch die jüngsten Bankenstützungen die Grenze des Vertretbaren erreicht oder gar überschritten hat. In der gegenwärtigen Situation hängt zweifellos das Wohl und Wehe des ganzen Volkes entscheidend von den Ausfuhrerfolgen der einzelnen Industrie- und Handelsfirmen ab. Der innere Zwang der Entwicklung mußte dazu führen, daß die Gesamtheit, repräsentiert durch das Reich, sich immer stärker um diesen lebenswichtigen Teil der deutschen Wirtschaft kümmert. Aber was jetzt geschieht, geht erheblich über alle bisherigen Versuche zur Ausfuhrförderungen hinaus. **Es bedeutet eine grundsätzliche Neuorientierung.**

Man wird Ursache und Wirkung dieser Maßnahme voneinander trennen müssen. Daß wir jetzt zu einer Ausfuhrsteigerung um jeden Preis gezwungen sind, ist nicht allein Deutschlands Schuld. Daß der Wettbewerb um den Weltmarkt immer schärfer geworden ist, beruht nicht zuletzt auf den Exportsubventionen, mit denen andere Länder uns vorangegangen sind. Es handelt sich hier gleichsam um eine Ankündigung, daß Deutschland jetzt mit vereinten Kräften seine Offensive auf den Weltmarkt unternimmt, um sich Luft zu machen. Die Ursachen dafür sind auch dem Ausland längst bekannt. Die Wirkungen aber sind eine Angelegenheit, mit der wir uns innerhalb Deutschlands ernstlich auseinandersetzen müssen. Man braucht nicht gleich die Ausschaltung jeder individualistischen Initiative zu wittern und auch kein deutsches Außenhandels-Monopol am Horizont zu sehen; **aber eine zentrale und planvolle Außenhandelskontrolle wäre die unerläßliche Konsequenz einer allgemeinen staatlichen Außenhandelsversicherung."**

Wie steht es mit dieser Konsequenz? Vorläufig sozialisiert man Verluste und Risikos, wälzt sie auf die Schultern der Steuerzahler ab. Glaubt die deutsche Wirtschaft wirklich, daß mit dieser Belastung des Steuerzahlers ohne Rechte des Staates die Entwicklung abgeschlossen ist?

Der Franzose Caillaux hat in diesen Tagen darauf hingewiesen, daß „infolge der unsicheren Verhältnisse der Staat mit den ausgeglichenen Kräften des Landes versuchen müsse, ein großes festgezimmertes Handelshaus aufzubauen; dieses müsse mit den andern Ländern verhandeln, um zu erwerben, was ihm fehle und um seinen Ueberfluß zu verkaufen; man nenne das ein System der Kontingentierungen." Die Köln. Ztg. bemerkt sehr richtig hierzu, daß diese Kontingentierung auf eine Art Naturalwirtschaft hinauslaufe. Der Privatkapitalist Caillaux formuliert eine Forderung, die von uns programmatisch vertreten wurde; was sagen die Herren Kapitalisten, die auf unsere Phantasterei verächtlich herabsahen, nun zu der durch die neue Notverordnung gegebenen Entwicklung und zu den Aeußerungen ihres französischen Kollegen?

Heute helfen keine Rezepte mehr aus der Mottenkiste liberalistischer Nationalökonomie; die Entwicklung überholt in einem Tage ganze Jahre und drängt zu einer Entscheidung in ganz andere Richtung. Die Tragödie sorgt auch mit ihren Ueberraschungen für kleine humorvolle Situationen; Dr. Quaatz, die wirtschaftliche Größe der Rechten sprach am 19. September auf dem Parteitag der Deutschnationalen in Stettin und verkündete nach der Weisheit der sterbenden Wirtschaftsführung: „England ist Weltbankier, also an die Goldwährung in ihrer ganzen Strenge gebunden" — just zur gleichen Stunde, als in London die verantwortlichen Männer berieten, um mit der Aufgabe des Goldstandards die siebenmal Weisen in Erstaunen zu setzen.

Blut ist eben ein eigener Saft. Und Geschichte wird niemals mit Theorien geschrieben.

Erwin Gehrts.

Eisenbahn zu verschenken

Das Neueste aus Bayern.

! Es fällt bei manchen Ereignissen heute schwer, sie einfach mitzuteilen, ohne vorher zu versichern, daß alles, was man sagen wird, kein Witz ist.

Es ist etwas zu verschenken. Das allein macht ja schon mißtrauisch. In diesen schlechten Zeiten soll man noch etwas umsonst bekommen? Und zwar keine unbedeutende Sache. Nicht mehr und nicht weniger als eine Eisenbahn. Keine Kinderspielbahn. Wer sie haben will, bekommt sie nicht nur gratis und franko, sondern noch zehntausend Reichsmark, gute bare Reichsmark obendrein.

Und wo, wird man fragen, liegt der Haken? Wo liegt die Bahn? Im Mond? Mit nichten. Sie liegt in Bayern, in einem sehr schönen Teil Bayerns, hart an der bayrisch-österreichischen Grenze im Chiemgau.

Von Ruhpolding geht sie nach Reit im Winkl. 1919 wurde sie von der bayrischen Forstverwaltung gebaut. Neben dem Personenverkehr diente sie in erster Linie der Holzbeförderung für 15 Sägewerke, die dort arbeiten. Ein Forstmeister ist der Verwalter der Bahn, die für ihre insgesamte Länge von 23 Kilometer nicht weniger als 110 Beamte benötigte.

Natürlich war sie reichlich unrentabel, trotzdem ihre Tarife doppelt so hoch waren wie die der Reichsbahn. Als das Defizit wuchs, erhöhte man sie nochmals um 50 Prozent, so daß sie jetzt das Dreifache der gewöhnlichen Bahntarife ausmachen. Deshalb soll die Bahn am 31. Oktober dieses Jahres stillgelegt werden. Darob entstand begreifliche Erregung in der Gegend, und eine Münchener Sonntagszeitung nahm sich der Sache an und intervenierte bei der bayerischen Regierung. Und diese erklärte, daß sie die Bahn nicht halten und nicht auf wirtschaftliche Basis bringen könne. Die an der Eisenbahn interessierten Kreise jedoch behaupten, daß jeder private Unternehmer dazu sehr wohl in der Lage sei. Daraufhin erklärte die bayerische Regierung, sie sei nicht nur sehr gerne bereit, die Bahn mit Haut und Haaren zu verschenken, sondern sie zahle demjenigen, der sie übernehmen wolle, auch noch 10 000 Reichsmark dazu.

Jetzt suchen die Chiemgauer einen tüchtigen Mann, der bereit ist, Eisenbahndirektor zu spielen. Wer wagt es? Es gibt eine komplette Bahn gratis und zehntausend Reichsmark obendrein. Mutige, auf die Lokomotive!

! **Soll der Künstler mit dem Fälscher gehen?** Daß Künstler aus Not zu Bilderfälschern werden, ist heute durchaus keine Seltenheit. Dagegen dürfte es — wenigstens zunächst noch — einzig dastehen, daß ein anerkannter Maler Werke aufkauft, die fälschlich unter seinem Namen laufen. Der Pariser Berichterstatter einer Wiener Zeitung berichtet nämlich, daß in einem Schweizer Dorfe geradezu fabrikmäßig Gemälde hergestellt werden, die man als Schöpfungen des bekannten Franzosen Matthis ausgibt. Und diese Fälschungen seien so vorzüglich, daß der Meister selbst durchaus kein Bedenken trage, diese Nachahmungen seiner Werke von der ihm wohlbekannten Fälscherfabrik käuflich zu erwerben. Da kann man mit Otto Retter sagen: „Ich wundere mich über gar nischt mehr."

! **Seine Frau will nicht, daß er Auto fährt.** Mister Laak — er wohnt irgendwo in dem augenblicklich von Sorgen umbrandeten England — ist ein schlechter Ehemann. Seine Frau wollte nicht, daß er Auto lenken sollte. Nicht etwa, weil sie ihm das Vergnügen nicht gönnte, sondern weil es ihre Börse einfach nicht vertrug. Es muß hier ausdrücklich „ihre" Börse gesagt werden, denn Mister Laak hatte mit den Finanzgeschäften nichts zu tun, gehörte zu jenen Glücklichen, die ihren Gläubigern sagen können: „Ich hab nischt." So mußte also die arme Frau Laak sämtliche Rechnungen bezahlen, wenn der Gatte wieder einmal einen anderen Wagen angerannt oder sonst Schaden angerichtet hatte. Aber jetzt streikte sie, und als ihr Männchen die letzten fünf Pfund Geldstrafe nicht zahlen konnte, ließ sie es ruhig zu, daß man ihn einsperrte. Und nun verlangte sie auch noch vom Gericht, daß dem Unvorsichtigen ein neuer Prozeß gemacht und der Führerschein entzogen würde. Die Verhandlung sollte beginnen, doch Laak fehlte. Der Wärter des Polizeigefängnisses machte ein verzweifeltes Gesicht: „Heute morgen war er noch da!" Frau Laak wußte Rat, lief nach Hause, kehrte triumphierend mit ihrem Mann zurück: „Ihm hat es im Arrest nicht gefallen, da ist er nach Hause gegangen. Ich will ihn aber nicht haben. Seine Zeit soll er absitzen. Und den Führerschein hergeben." Was denn auch geschah. Einer so tüchtigen Frau gegenüber muß das Gericht schon entgegenkommend sein.

! **Pallenberg und die letzte Droschke.** Man mag zu dem Komiker Max Pallenberg stehen wie man will, an einer Tatsache läßt sich nicht rütteln: Er verachtet keineswegs die sogenannten geistigen Getränke und wartet in „angemessener" Stimmung zwischen Mitternacht und Morgengrauen mit manchem witzigen Einfall auf, der meist sogar die Betroffenen selbst zum Lachen bringt. So trat „Max" gelegentlich in reichlich vorgerückter Stunde den Heimweg an und wurde von einem waschechten Berliner Droschkenkutscher angesprochen: „Wie wäre es mit einer kleinen Droschkenfahrt, Herr Direktor? Prima Friedensware, sag ich Ihnen, die Droschke, das Pferd und ich selbst. Steigen Sie ein, Herr Baron, Sie werden es nicht bereuen!" Pallenberg fand an dem unentwegt weiter quasselnden Original Gefallen und bestieg nach einigem Zögern die vorsintflutliche Kutsche. „Wohin darf ich Sie fahren?" erkundigte sich höflich der Kutscher. „Fahren Sie mich schnurstracks zur nächsten Autotaxe!" lautete Pallenbergs überraschende Antwort.

Februarg 1931

Bekanntmachung

In der Strafsache gegen den Kaufmann Walter Figge aus Sterkrade, Bahnhofstr. 712, geb. a. 17. 8. 1900 in Sterkrade, wegen Betruges, Preußischen Amtsgerichts in Sterkrade, Zimmer Nr. 3, Erdgeschoß, anberaumten Termin nicht erschienen ist, wird der Angeklagte auf Grund des § 472 der Strafprozeßordnung zu einer Geldstrafe von 100 RM, ersatzweise für je 5 RM einen Tag Gefängnis, verurteilt. Die Kosten des Verfahrens und die notwendigen Auslagen der Nebenklägerin sowie die Kosten des Strafbefehlsverfahrens hat der Angeklagte zu tragen.

Essen, den 29. April 1931.

Das erweiterte Schöffengericht hat am 29. April 1931 für Recht erkannt:

Der Angeklagte wird wegen Betruges in Tateinheit mit Urkundenfälschung zu einer Gesamtstrafe von 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Die vorliegende Urkunde wird für kraftlos erklärt und ihre Einziehung angeordnet.

Die vorstehende Urkunde wird hiermit öffentlich bekanntgemacht.

Essen, den 29. April 1931.

Der Urkundsbeamte der Geschäftsstelle des Amtsgerichts.

Konkurs.

Über das Vermögen des Kaufmanns Heinrich Pleitmann in Oberhausen, Mülheimer Straße 44, wird heute, am 6. Oktober 1931, 12 Uhr mittags, das Konkursverfahren eröffnet. Konkursverwalter ist Rechtsanwalt Bachmann in Oberhausen. Konkursforderungen sind bis zum 15. November 1931 bei dem Gericht anzumelden. Es wird zur Beschlußfassung über die Wahl eines anderen Verwalters sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände auf den 29. Oktober 1931, vormittags 10 Uhr, zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf den 19. November 1931, vormittags 10 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht, Zimmer 31, Amtsgericht, Oberhausen, Bahnhofstraße

Herbst-Kirmes bei Mey Gladbeck

Sonntag, den **11.** Montag, den **12.** Dienstag den **13.** Oktober.
Schausteller-Organisation Interessen-Gemeinschaft Gladbeck

Bekanntmachung

In der Strafsache gegen den Laboranten Walter Figge aus Langenbochum, Westerholtstr. 712, geb. a. 17. 8. 1906 zu Herten, Kr. Recklinghausen, wegen öffentlicher Beleidigung des Herrn Preußischen Ministers des Innern Dr. Severing wird auf Ersuchen der Staatsanwaltschaft in Essen folgendes veröffentlicht:

Das erweiterte Schöffengericht IV in Essen hat am 29. April 1931 für Recht erkannt:

Der Angeklagte wird wegen öffentlicher Beleidigung zu einer Geldstrafe von 200 RM., ersatzweise für je 5 RM. zu einem Tag Gefängnis kostenpflichtig verurteilt.

Dem preußischen Minister des Innern Severing wird die Befugnis zugesprochen, die Verurteilung binnen 6 Wochen nach Zustellung des rechtskräftigen Urteils auf Kosten des Angeklagten einmal im Gladbecker Anzeiger öffentlich bekanntzumachen.

Die vorstehende Abschrift der Urteilsformel wird beglaubigt. Das Urteil ist vollstreckbar.

Konkursverfahren.

Ueber das Vermögen der Frau Ww. Joh. Pleumann in Oberhausen, Hoffnungstraße 88, wird heute, am 6. Oktober 1931, 11 Uhr das Konkursverfahren eröffnet. Konkursverwalter: Rechtsanwalt Backmann, Oberhausen-Rhld. Konkursforderungen sind bis zum 10. November 1931 bei dem Gericht anzumelden. Es wird zur Beschlußfassung über die Beibehaltung des ernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die im § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände auf den 29. Oktober 1931, 12 Uhr, und zur Prüfung der angemeldeten Forderung auf den 19. November 1931, 11 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht, Zimmer 21, Termin anberaumt. Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinschuldner zu verabfolgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitz der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgesonderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 1. November 1931 Anzeige zu machen.

Oberhausen-Rhld, den 6. Oktober 1931.

Amtsgericht.

Die Gesellschafter der Gemeinnützigen Siedlungs- und Baugesellschaft Emschertal G. m. b. H. haben die Auflösung der Gesellschaft beschlossen und die Unterzeichneten zu Liquidatoren der aufgelösten Gesellschaft bestellt.

Wir fordern die Gläubiger der Gemeinnützigen Siedlungs- und Baugesellschaft Emschertal G. m. b. H. auf, ihre Ansprüche bei der Gesellschaft umgehend anzumelden.

Oberhausen, den 3. Oktober 1931.

Gemeinnützige Siedlungs- und Baugesellschaft „Emschertal" G. m. b. H.
Die Liquidatoren:
Menne, Clages.

Sensationeller Preissturz!

Große Kaminöfen komplett m. Einsatz ca. 130 bis 140 cbm Heizkraft RM. **60.-**

Kleine Kamine komplett mit Einsatz ca. 70 cbm Heizkraft RM. **45.-**

Karrenberg

Oberhausen, Marktstraße 175

Akquisiteur
mit Ueberzeugungskraft

der zielbewußt und energisch übernommene Arbeiten durchführt, ehrliche Arbeit leistet und als Optimist über den Zeitverhältnissen steht, kann sich auf Provisionsbasis laufend gutes Einkommen schaffen.

Schriftliche Angebote unt. 258 an die Exp. des G.-A., Oberhausen, Altmarkt 2.

Wissen Sie schon?
daß wir alle **Lebensmittel führen?**

Heute verkauten wir eine Sendung **Käse** besonders billig!

Edamer gute Qual., das ganze Pfd. nur **0.58**
Holländer gute Qual., das ganze Pfd. nur **0.64**
Tilsiter gute Qual., das ganze Pfd. nur **0.65**

Unsere großen Abschlüsse ermöglichen uns diese spottbilligen Preise. Wir führen in Käse nur das Beste, was der Markt bietet.

Thams & Garfs Bottrop

Stadttheater
Oberhausen Intendant: Ernst Helibach-Kühn Telef. 21873

Donnerstag, den 8. Oktober, 20.15 Uhr
3 Abonnementsvorstellung der Reihe „C"
Eine Nacht in Venedig
Operette in 3 Akten von Zell und Genée. Musik von Joh. Strauß. K 38

Freitag, den 9 Oktober, 20.15 Uhr
Volksvorstellung! Kleine Preise! (0,50-2.- RM)
Pension Schöller

Benötigen Sie Geld?
dann versuchen Sie Ihr Glück in der
Preuß.-Südd. **Klassen-Lotterie**
Lose zu haben in der Staatl. Lotterie-Einnahme
Augustin, Oberhausen
Fernsprecher 21073 * Marktstraße 123

Zur Einführung unseres Dosen-Kaffees
(Edelgewächse gemahlen p. Dose 1.40) verabfolgen wir in diesem Monat als
Zugabe
1 Paket Karlsbader-Kaffee-Gewürz.
Thams & Garfs Bottrop

Zwangsversteigerung.

Am Freitag, dem 9. Okt. 1931, vorm. 10 Uhr versteigere ich in Oberhausen, Marktstr. 114, zwangsweise

2 Schreibtische, 2 Rollschränke, ca. 150 Fl. Weine und Liköre, 1 Faß Weinbrand (Verschnitt), ca. 25 Lt. Schlummerpunsch, ca. 20 Lt. Apfelwein, ca. 20 Lt. Erdbeerwein, 1 Faß Vanille, 1 Faß Weinbrand, ca. 250 Dosen Schuhputz, 6 Karton Sidol, 4 Karton Geolin, verschiedene Kartons Pralinen, Schokoladen und Zuckerwaren, 2 Schreibmaschinen usw.

öffentlich meistbietend gegen gleich bare Bezahlung. Verkauf findet bestimmt statt.

Freisfeld, Gerichtskassenvollzieher, Oberhausen, Moltkestr. 213

Zwangsversteigerung.

Am Freitag, dem 9. ds. Mts., vorm. 10 Uhr, sollen in Oberhausen, Marktstr. 114, folgende Gegenstände gegen gleich bare Zahlung versteigert werden:

3 Nähmaschinen, 2 Bücherschränke, 1 Schreibtisch, mehrere Herren-, Speise- und Schlafzimmer, 2 Radioapparate, 2 Klaviere, 1 Kompressor, 1 Schreibmaschine, 1 Posten Herren-Konfektion, 1 Geldschrank, 1 Kaminofen, 2 Grammophone, 3 Oelgemälde, 1 Billard, 1 Posten Bücher, 1 Marmorschale und verschiedene andere Gegenstände.

Joeres, Obergerichtsvollzieher,
Oberhausen, Schulstraße 9. Telefon 23932.

Zwangsversteigerung.

Am Freitag, 9. Okt. 1931, vorm. 10 Uhr versteigere ich in Dinslaken, Wirtschaft Krupp,

1 Hausbackofen, 1 Garnitur Gartenmöbel, 1 Eisschrank, 1 Gasheizofen, 1 Gasbadeofen, 1 Wäschemangel, 1 Gasofen, 1 Serviertisch, 1 Tischlampe, verschiedene Kristallschalen, 1 br. Wallach, 1 Vertikow, 1 Bild, 2 Korbsessel mit Tisch, 1 Flurgarderobe, 1 Flachwagen, 1 Kaminofen, 1 Pferdekarre, 1 Eßzimmer, 1 Bücherschrank, 1 Schreibtisch, 1 Kommode, 3 Stühle, 2 Nachtkonsölchen, 1 Standuhr, 2 Teppiche, 1 Glasvitrine, 1 Nähmaschine, 1 Opel-Limousine, 1 schwarzbunte Kuh, 1 Küchenbufett, 1 Anrichte

und um 12 Uhr an Ort und Stelle, Treffpunkt der Käufer, Badeanstalt, Hiesfeld:

1 Wohnzimmer, Bufett, 1 Tisch, 3 Stühle, ca. 40 000 Ziegelsteine

öffentlich meistbietend gegen Barzahlung.

Blumenroth, Gerichtsvollzieher kr. A.,
in Dinslaken, Amtsgerichtszimmer Nr. 6.

Zwangsversteigerung.

Am Freitag, dem 9. 10., vorm. 10 Uhr, versteigere ich in der Wirtschaft Fischer, Oberhausen, Marktstr. 114, öffentlich meistbietend gegen Barzahlung

1 Büfett, 1 Plüschsofa, 1 Spiegel, 1 Regulator, verschiedene Bilder, 1 zweitür. Kleiderschrank, 1 Waschkommode, 1 Schreibtisch, 2 Sessel, 1 Küchenherd, 1 Esperal-Schnellwaage, 1 Gasofen, 1 Klubsessel in Plüsch, 1 Wachstuchsofa, 1 Theke mit Aufsatz, 1 Klavier und verschiedene andere Möbelstücke. Ferner an Ort u. Stelle: 1000 Kilogramm (3 Fässer) Tauchlack.

Liebhaber versammeln sich in der Wirtschaft Fischer.

Schinke, Obergerichtsvollzieher.
Oberhausen, Mülheimerstr. 49, Tel. 236 40.

Stellenangebote weibliche

Tüchtige, jüngere
Verkäuferin
Lebensmittel u. Feinkost ges. Zu melden Freitag geg. 4 Uhr.
Oberhausen,
Stöckmannstr. 49.
Das. Schnellwaage geg. Kasse zu kaufen ges.

Mädchen
von 14—16 Jahren mit flotter Handschrift für Büro gesucht. Vorzusprechen von nachmittags 5—7 Uhr.
M. Joeres,
Obergerichtsvollzieher,
Oberhausen,
Schulstraße 9.

Vermietungen

3-4 Zimmer und **Ladenlokal**
in guter Lage (Stadtmitte), evtl. mit Einrichtung, für jedes Geschäft geeignet, per sofort billig zu verm.
Offert. unt. 510 a. d. Gesch. dsr. Ztg., Oberhausen, Altmarkt 2.

Ohne rote Karte
2-Zimmerwohnung
Nähe Bahnh. Meiderich Miete 19,50, bei Kauf von neuem Schlafzim. u. Küche z. 1. November zu vermiet. Näh. **Möbelhandlung Rüsen Duisburg-Meiderich** Brückelstr. 47.

2 Zimmer
Neubau, Alstaderstr., gegen 2 kleine zu tauschen gesucht.
Offert. u. 584 a. d. Gesch. dsr. Ztg., Oberhausen, Altmarkt 2.

Sep. 3-Zim.-Wohnung
Altbau, evt. m. Garage od. Lager bei ½—1 J. Miete im voraus zu vermieten.
Offert. u. 585 a. d. Gesch. dsr. Ztg., Oberhausen, Altmarkt 2.

Abgeschlossene
3-Z.-Neubauwohnung
Stadtmitte, an Belegschaftsmitgl. d. Bergm. Akt.-Ges. Recklinghaus., zu verm. Mietpr. 34 M. Zu erfr. i. d. Gesch. d. Gladb. Anz., Gladbeck, Rentforter Straße 13.

Bessere
3-Zimmer-Wohnung
mit Bad, an der Hegestraße, zu vermieten.
Röttlingsberger,
Gladbeck, Mittelstr. 82.

Leeres Zimmer
sofort zu vermieten.
Bottrop,
Alsenstraße 65.

Junger möbl. Zimmer
mit separ. Eingang in ruh. Hause zu verm.
Oberhausen,
Schulstr. 111, part.

Mietgesuche

Jung. saub. Ehepaar sucht
2—3-Zimmer-Wohnung
in Alt-Oberhausen. Miete wird im voraus gezahlt.
Zu erfr. i. d. Gesch. dsr. Ztg., Oberhausen, Altmarkt 2.

Verkäufe

Guterh. weiß. **Doppel-Schlafzimmer** m. neu. Auflegematr., ganz od. geteilt zu verkf., ferner ein **Nußbaum-Tisch.**
Dorsten,
Alter Postweg 52.

Die musikalische Sensation! 10 Brox 10 Die musikalische Sensation!



u. 5 weitere große Varieté-Attraktionen
Morgen Freitag in der Lichtburg
Oberhausen

T-Träger
N. O. 20, à 3,50 Mtr., versch. N. P. 14 u. 10, sowie **Dachpfannen u. Falzziegel** bill. z. verkf.
Oberhausen,
Dümpter Weg 248.

Motorräder
Velocethe 350 ccm, D. K. W. 200 ccm, Sportmaschine, E. B. S. 200 ccm, preiswert abzugeben.
Motorradhandlung, Oberhausen, Königstraße, Ecke Schulstraße.

Fast neuer
Zimmer-Gasofen
preiswert zu verkaufen oder gegen einen **Dauerbrenner** einzutauschen.
Buer,
Gelsenkirchener Str. 218

100 Wirtschaftsstühle
10 Wirtschaftslamp.
sofort billig zu verkf.
Brandt, Horst-Emscher,
Markenstraße 30a.

1 Herren-Winter-Mantel
äußerst gut erhalten, **für 9,— RM.** (mittl. Figur) zu verkaufen.
Gladbeck,
Roonstr. 68, 2. Etage.

Verkaufe eine 4-Sitzer
Opel-Limousine
neuwertig, fabelh. Aussehen, m. 5 neu. Deck., generalüberholt, allerbilligst, weg. Ausreise.
Ramjoue, bei Wirtschaft Bonnemann,
Oberhausen,
am Schlachthof.

Schlafzimmer
275,— RM.
zu verkaufen.
Köller, Bottrop,
Essener Straße 55.

Kaufgesuche

Ladenregal
mit Schubfächer sofort zu kaufen gesucht.
Offert. u. 9888 a. d. Gesch. dsr. Ztg., Sterkrade, Bahnhofstr. 9.

Ca. 1000 alte schwarze Hohl- oder Falzziegel zu kaufen gesucht.
Franz Prahl, Bottrop-Eigen,
Schumannstraße 99.
Telefon 3239.

Geldmarkt

Darlehn
an jedermann zu 8% Zinsen, mit monatliche Rückzahlung, schnell, reell, diskr., langfristig.
Müller, Mülheim-Ruhr,
Dickswall 10, 1. Etage.

Dauerwellen und Wasserwellen
allerbeste Ausführung, niedrigster Preis
für Osterfeld nur bei
Verwey, Osterfeld, Zechenstraße 2
gegenüber Polizeigebäude

Bin am 5. Oktbr. nach
Dortheide 10
verzogen.
Sprechstunden: 10—11 und 3—4 Uhr.
Sanitätsrat Dr. Diedrich, Gladbeck.

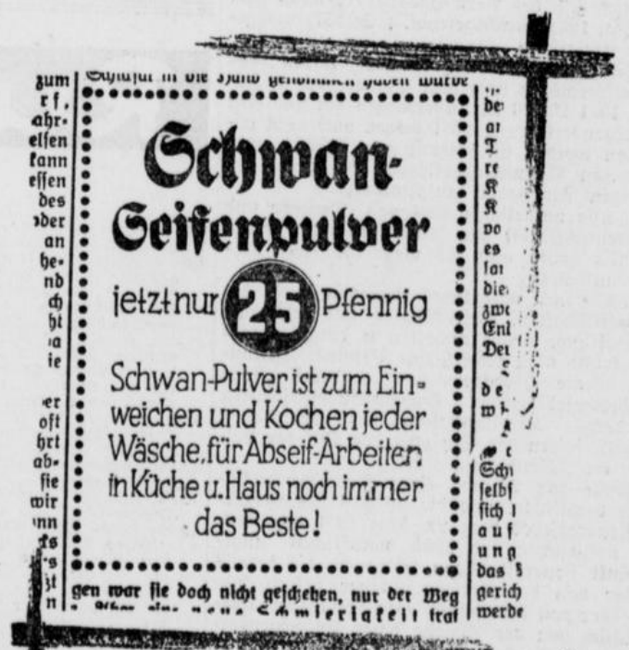
Konditorei- und Haushaltungswaren-Fabrikanten
empf. ich meine prakt. **geschützte Neuerung.**
Offert. unt. 591 i. d. Gesch. dsr. Ztg., Oberhausen, Altmarkt 2.

— Küchen — billig!

Naturküche, 140—160 cm	Büfett 255,—
Naturküche m. Kühlschrank	275,—
Naturküche rundgebaut	295,—
Wohnküche sehr schön. Mod.	300,—
Weißlackküche Ia. Emaillelack in versch. Farben	375,—

sämtl. Küchen kompl. 7teilig!! Neu!
Wilh. Priester jun., Oberh., Nohlstr. 17/23.

Für ordnungsmäßige Behandlung von Anzeigen, die nach Geschäftsschluß telefonisch aufgegeben werden, können wir nicht garantieren. Sie ersparen sich und uns Aerger, wenn Sie sich nach der Geschäftszeit richten!



in dem bekannten rotem Paket!

Sch 46 a

Zum Bleichen u. Klarspülen der Wäsche „Seifix" Paket 15 Pfg.

Amtliche Bekanntmachungen

Oberhausen

Städtischer Fleischverkauf im Schlachthofe.

Freitag, den 9. Oktober, von 10 Uhr ab städtischer Freibankfleischverkauf im Schlachthofe. S 25

Recklinghausen

Bekanntmachung.

Die Körung der Zuchthengste, verbunden mit einer Prämiierung, findet am **21. und 22. Oktober ds. Jrs. in Münster** in der „Halle Münsterland" statt.

Recklinghausen, den 5. Oktober 1931.

Der Landrat.

Wulfen

Personenstands- und Betriebsaufnahme in Amtsbezirk Herveſt-Dorſten.

Die Personenstands- und Betriebsaufnahme 1931 ist auf Grund der Ausführungsbestimmungen zum Einkommen und Körperschaftssteuergesetz nach dem Stande vom 10. Oktober 1931 durchzuführen.

Die Aufnahme für den Bezirk des Amtes Herveſt-Dorſten findet am Montag, den 12. Oktober 1931 statt. An diesem Tage sind die Büros des Amtes Herveſt-Dorſten, der Amtskasse, sowie des Kommissariats — mit Ausnahme der Standesämter — geschlossen. **Die Haushaltungsliste ist nach dem Stande vom 10. Oktober 1931** aufzustellen. Es ist für jede Haushaltung eine besondere Liste nach dem Stande vom 10. Oktober 1931 anzufertigen. Es sind somit sämtliche Personen, die am 10. Oktober cr. im Amtsbezirk ihren gewöhnlichen Aufenthalt haben, aufzuführen. Mit der Personenstandsaufnahme ist zugleich eine Betriebszählung der gewerblichen Betriebsstätten, Lagerräumen, Behörden, Verwaltung und freien Berufe verbunden.

Die Aufnahme erfolgt von Haus zu Haus durch eigens dazu beauftragte Personen. Zur Beschleunigung und zur Vereinfachung der Aufnahme bitte ich, die Haushaltungsvorstände dringend dafür Sorge tragen zu wollen, daß die nötigen Angaben für die Aufnahme, vor allem Tag und Ort der Geburt, Name des Arbeitgebers usw. gemacht werden können. Bei den Rentenempfängern ist insbesondere die Art der Rente (z. B. Witwenrente, Invalidenrente) und die zahlende Kasse (Landesversicherungsanstalt, Ruhrknappschaft vp.) anzugeben.

Auf die Wichtigkeit der Personenstandsaufnahme möchte ich an dieser Stelle noch besonders hinweisen. Die Personenstandsaufnahme dient als Unterlage für die Ausstellung der Steuerkarten der Lohn- und Gehaltsempfänger; für die Aufstellung der Steuerlisten usw.

Wer die auf Grund der Reichsabgabenordnung von ihm geforderte Auskunft verweigert, unvollständig oder unrichtig erteilt, wird gemäß § 202 der RAO. mit Geldstrafe belegt.

Wulfen, den 30. September 1931.

Der Bürgermeister:
J. V. Rickert, Amtsbeigeordneter.

Gladbeck

Oeffentliche Aufforderung zur Abgabe einer Vermögenserklärung für 1931

Nach § 15, Abs. 2 des dritten Teils der Verordnung des Reichspräsidenten vom 19. September 1931 (zweite Steueramnestieverordnung) — Reichsgesetzbl. I S 493 — wird mit Freiheitsstrafe, und zwar mit Gefängnis nicht unter drei Monaten, in besonders schweren Fällen mit Zuchthaus bis zu 10 Jahren bestraft, wer vorsätzlich einer bestehenden Rechtspflicht zuwider eine Vermögenserklärung 1931 bis zum Ablauf der Amnestiefrist nicht abgibt, obwohl das steuerpflichtige Gesamtvermögen nach dem Stande vom 1. Januar 1931 die nach § 8 des Vermögenssteuergesetzes vom 22. Mai 1931 (Reichsgesetzbl. I S. 237) maßgebende Freigrenze übersteigt.

Mit Rücksicht hierauf werden, sofern das Gesamtvermögen nach dem Stande vom 1. Januar 1931 20 000 Mk. überstiegen hat und eine Vermögenserklärung 1931 bisher noch nicht abgegeben worden ist, hiermit zur Abgabe einer derartigen Vermögenserklärung bei dem zuständigen Finanzamt aufgefordert:

1. Alle natürlichen Personen (Deutsche und Nichtdeutsche), die im Inland entweder ihren Wohnsitz haben oder sich mehr als sechs Monate aufhalten.

2. alle nicht natürlichen Personen (z. B. Aktiengesellschaften, Gesellschaften mit beschränkter Haftung, Genossenschaften u. dergl., rechtsfähige und nicht rechtsfähige Vereine, Stiftungen, andere Zweckvermögen u. dergl. offene Handelsgesellschaften, Kommanditgesellschaften u. dergl., Kreditanstalten des öffentlichen Rechts), sofern der Sitz oder der Ort der Leitung im Inland liegt.

Nicht zur Abgabe einer Vermögenserklärung verpflichtet sind die im § 4 des Vermögensteuergesetzes vom 22. Mai 1931 bezeichneten natürlichen und nicht natürlichen unbeschränkt steuerpflichtigen Personen, die bereits bisher von der Vermögenssteuer befreit waren oder von dem zuständigen Finanzamt ausdrücklich von der Abgabe einer Vermögenserklärung entbunden sind.

Unberührt hiervon bleibt die Verpflichtung zur Abgabe der Vermögenserklärung für die natürlichen und nicht natürlichen Personen, die durch Zusendung eines Vermögenserklärungsvordrucks zur Abgabe der Vermögenserklärung 1931 besonders aufgefordert worden sind. Wer also einen Erklärungsvordruck vom Finanzamt übersandt erhalten hat, muß auf jeden Fall eine Vermögenserklärung 1931 abgeben.

Wer im Zweifel ist, ob er eine Vermögenserklärung 1931 abzugeben hat, kann Auskunft beim Finanzamt einholen. Vordrucke für die Vermögenserklärung sind unentgeltlich beim Finanzamt zu haben.

Gladbeck, den 5. Oktober 1931.

Finanzamt.



Sparen Sie in unserer Ueberschuh-Messe.
Ueberschuhe ersparen Ihnen nicht nur Sohlen, sondern erhalten auch Ihre Gesundheit u. schonen Ihre Schuhe.

... für die Haltbarkeit unseres Garantie-Ueberschuhes.
Wir bieten Ihnen für diesen niedrigen Preis *das Beste, was es in Ueberschuhen gibt.*

Böhmer

Oberhausen **Bottrop** **Gladbeck**

Großer Werbeverkauf

Aus e gener Polsterei-Werkstatt liefere ich Ihnen

Ledertuchsofa	45.–
Plüschsofa	60.–
Patent-Ruhesofa Ledertuch	65.–
Patent-Ruhesofa Ia. Plüsch-Mocca	85.–

O. Karrenberg
Oberhausen
Marktstraße 175

Patente
Beratung u. Broschüre mit Dankschr. u. über 200000 RM Erfindungsverkäufen kostenlos durch Ing. Dr. Dudenhöffer Düsseldorf, Worringerstr. 63 Anm. u. Verk. ihr. Ins.- u. Ausl. seit 1901

Leinöl
Liter 38 Pfg.
G. Hamelbeck
Oberhausen, Knappenmarkt.

Bekanntmachung.

Auf Grund der §§ 1, 2 und 5 bis 8 der Wahlordnung für die Wahl der Hebammen in die Kreis- und Provinzialhebammenstellen vom 22. Januar 1923 wird bestimmt, daß die Wahl zu der Kreishebammenstelle im Wahlkreise Gladbeck am 17. Dezember 1931 von vormittags 9 Uhr bis nachmittags 6 Uhr im Büro der städt. Polizeiverwaltung in Gladbeck, Rathaus, stattzufinden hat.

Der Bezirk der Kreishebammenstelle bildet den Wahlkreis. Er umfaßt den Stadtkreis Gladbeck.

Wahlleiter ist der städt. Polizeikommissar Flocken und sein Stellvertreter der städt. Polizeimeister Derbogen in Gladbeck.

Der Wahlausschuß besteht aus dem Wahlleiter bezw. seinem Stellvertreter als Vorsitzenden und zwei Beisitzerinnen.

Gemäß § 2 der Wahlordnung habe ich folgende Hebammen in den Wahlausschuß berufen:

a) Beisitzerinnen:

1. die Hebamme Frau Rosalie Kaisler, Kampstraße 45,
2. die Hebamme Frau Louise Riesener, Grabenstraße 48.

b) Stellvertreterinnen:

1. die Hebamme Frau Louise Müller, Bismarckstraße 18,
2. die Hebamme Maria Rogosch, Hohenzollernstraße 27.

Für den Wahlkreis Gladbeck sind zwei Hebammen als Mitglieder und zwei Hebammen als Stellvertreterinnen zu wählen.

Wahlberechtigt sind alle im Bezirke der Kreishebammenstelle Gladbeck wohnenden Hebammen, sofern sie in die Wählerinnenliste eingetragen sind.

Ich fordere die wahlberechtigten Hebammen hiermit zur Einreichung von Wahlvorschlägen für die Kreishebammenstelle Gladbeck auf.

Die Wahlvorschläge sind bis spätestens zum 1. Dezember ds. Jrs. dem Wahlleiter einzusenden. Jeder Wahlvorschlag muß von mindestens fünf im Wahlkreise wahlberechtigten Hebammen unter Angabe des Wohnortes und der Wohnung unterschrieben sein.

In den Wahlvorschlägen sind die Bewerberinnen nach Vor- und Zunahmen, Wohnort und Wohnung in erkennbarer Reihenfolge aufzuführen und zwar so deutlich, daß über ihre Persönlichkeit kein Zweifel besteht. Jeder Wahlvorschlag soll mindestens doppelt soviel Namen zu wählender Bewerberinnen enthalten, als von den Hebammen Mitglieder in die Kreishebammenstelle zu wählen sind. Da der Bezirk der Kreishebammenstelle Gladbeck nur einen Wahlkreis bildet, darf eine Bewerberin nur einmal vorgeschlagen werden.

Mit dem Wahlvorschlage ist die Erklärung der Bewerberinnen einzureichen, daß sie zur Annahme einer Wahl bereit sind.

In dem Wahlvorschlag muß eine der Unterzeichnerinnen als bevollmächtigte Vertreterin bezeichnet werden. Diese ist zu Verhandlungen mit dem Wahlleiter und dem Wahlausschuß und zur Abänderung und Zurücknahme des Wahlvorschlages ermächtigt. Fehlt die Benennung einer solchen Vertreterin, so gilt die erste Unterzeichnete als bevollmächtigte Vertreterin.

Hebammen, die dem Wahlausschuß als Beisitzerinnen oder deren Stellvertreterinnen angehören, können nicht bevollmächtigte Vertreterinnen sein.

Erklärt mehr als die Hälfte der Unterzeichneten eines Wahlvorschlages schriftlich, daß die bevollmächtigte Vertreterin durch eine andere ersetzt werden soll, so tritt diese an die Stelle der früheren Bevollmächtigten Vertreterin, sobald die Erklärung dem Wahlleiter zugeht.

Eine Verbindung von Wahlvorschlägen findet nicht statt.

Wird nur ein Wahlvorschlag für den Wahlkreis zugelassen, so gelten die darin gültig verzeichneten Bewerberinnen in der Reihenfolge des Vorschlages nach Maßgabe der zu wählenden Zahl, als Mitglieder bzw. Stellvertreterinnen. Eine Wahlhandlung findet dann im Wahlkreise nicht statt.

Gladbeck, den 2. Oktober 1931.

Der Oberbürgermeister.



Es wiegen und schmiegen im Walzerschritt
Sich alle, selbst Jung und Alt machen mit,
Und jedem es froh launig ins Herz hinein klingt,
So lang' noch ein Walzer von Strauß erklingt!

Der große Prunkfilm ab morgen Freitag

LICHTBURG
Oberhausen

Rundfunk

Donnerstag, 8. Oktober 1931

6.45—7 Leibesübungen.
7 Wettervorhersage und Zeitangabe.
7.05—8 Morgenkonzert (Platten). 1. Toccata, d-moll, aus op. 59, Nr. 5, Reger. 2. Präludium, Järnefeldt. 3. Zwei Lieder, Schubert: a) Am Meer, b) Der Lindenbaum. 4. Ouverture zur Oper „Die Regimentstochter", Donizetti. 5. Aegyptisches Ballett, Luigini. 6. Zwei Violin-Soli: a) Scherzo Tarantelle, Wieniawski; b) Sicilienne und Rigaudon, Francoeur-Kreisler. 7. Du und du, Walzer aus der Operette „Die Fledermaus", Strauß. 8. Ein Abend bei Paul Lincke, Fant., Lincke.
8 Wiederholung der Wettervorhersage und Zeitangabe, Wasserstandsmeldungen.
10.15—11.55 Schallplattenkonzert.
12.10 Schallplattenkonzert.
12.50 Wetterbericht.
12.55 Rauener Zeitzeichen, Mittagsmeldungen und Zeitangabe.
13.05—14.30 Mittagskonzert, Leitung: Eysoldt. 1. Zepelins Wetflug, Marsch, Schönenberg. 2. Ouverture zur Oper „Italienerin in Algier", Rossini. 3. Szenen aus der Komödie „Cherubin", Massenet. 4. a) Sonnenstäubchen. Tanz-Idyll, Taylor; b) Wiener Tanz Nr. 1, Friedmann-Gärtner. 5. Ländliche Suite, Ansell. 6. Lustiges Wien, Walzer, Meisel. 7. Was wir lieben! Großes Potpourri, Gangiberger.
14.30 Funkwerbung mit Schallplatten.
15.30 Wirtschaftsmeldungen und Zeitangabe.
15.50—16.20 Kinderstunde.
16.20—16.30 Mitteilungen aus dem Schulfunk.
16.30—17 Funkpädagogische Arbeitsgemeinschaft.
17—18 Vesperkonzert, Leitung: Wolf. 1. Ouverture „Ruy Blas", Mendelssohn. 2. Zwei Sätze aus der Oper „Das Leben für den Zaren", Glinka. 4. Schmetterlingsjagd, Ballett-Szene, Keler-Bela. 5. Melodien aus der Operette „Pariser Leben", Offenbach. 6. An der schönen blauen Donau, Strauß.
18—18.20 Wirtschaftspolitische Umschau.
18.20—18.40 Die Krisensteuer der veranlagten Einkommensteuerpflichtigen.
18.40—19 Italienisch.
19—19.15 Wetterbericht, Zeitangabe und Wirtschaftsmeldungen, Sportvorbericht.
19.15—19.25 Vom Tage.
19.30—19.55 Meister der Naturschilderung.
19.55 Erste Abendmeldungen.
20—20.30 So tanzt man 1931-32. Schallplattenunterhaltung von Rudolf Kirschke.
20.30 Sinfonie-Konzert. Das Orchester des Westdeutschen Rundfunks, Leitung: Buschkötter. Solist: Wilhelm Grosz (Klavier). 1. Sinfonische Ouverture, Kornauth. 2. Sinfonischer Tanz, op. 24, für Klavier mit Orchester, Grosz. 3. Sinfonie Nr. 1 B-dur, Schumann.
22 Letzte Meldungen, Bericht über das geistige Leben, Sportbericht.
Anschließend bis 24: Nachtmusik und Tanz, Leitung: Eysoldt.

Deutsche Welle, 1635 m. 183,5 kHz. 35 kW.

6.30 Gymnastik.
Anschließend bis 7.30 Frühkonzert.
10.35 Nachrichten.
12 Schallplatten.
13.30 Nachrichten.
14 Schallplatten.
15 Kinderstunde.
15.30 Wetter und Börse.
15.45 Frauenstunde.
16 Ein Jahr staatsbürgerlicher Belehrung im englischen Unterricht der Oberprima.
16.30 Konzert von Berlin.
17.30 Bedeutung der Studentenheime für die deutsche Kultur im Ausland
18 An den Grenzlinien des Lebens.
18.30 Spanisch.
19 Die Lage auf dem Wollmarkt und ihre Rückwirkung auf Schafzucht und Wollverwertung.
19.30—19.55 Wert und Wirkung der Malerei.
20—24 Von Frankfurt: Großer bunter Abend.



DAS CHICAGO AM RHEIN

so wird Ludwigshafen a. Rh. deshalb genannt, weil seine Entwicklung amerikanisches Tempo zeigt. Vor 75 Jahren zählte es kaum 1500 Seelen; heute ist es die jüngste Industrie-Großstadt am Rhein mit 108000 Einwohnern. Mit diesem raschen Aufstieg hat auch die erste und älteste Zeitung Ludwigshafens, der „General-Anzeiger", Schritt gehalten. Seine Auflage beträgt 22000 Exemplare und seine Verbreitung ist so dicht, daß in jedem Hause durchschnittlich 4 Exemplare gelesen werden. Als amtliches Organ aller ansässigen Behörden, als meistbenütztes Blatt für Familien- und kleine Gelegenheitsanzeigen ist der „General-Anzeiger" für jede Ankündigung und für jede geschäftliche Werbung innerhalb des Industriegebietes Ludwigshafens mit 150000 Einwohnern unentbehrlich und — was noch wichtiger ist — als erfolgreich anerkannt. Sie erfahren nähere Einzelheiten mit wichtigem Zahlenmaterial durch die Werbeabteilung des „General-Anzeigers"

Ludwigshafen am Rhein